GIM | RELEVANCE COUNTS.

Moderner Staat

Ergebnisbericht einer qualitativen Studie

Dezember 2024

Für: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

GIM | RELEVANCE COUNTS.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- **Hintergrund und Methode**

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine Wahrnehmung des Staates

Modernitätsempfinden und Erfahrungen mit dem Staat

Kernaufgaben des Staates

Hintergrund der Studie

In der Vergangenheit wurde das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Staat meist mit den Polen „starker Kümmerer-Staat" und „schlanker Staat" beschrieben. Die Krisen der letzten Jahre haben das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Staat jedoch grundlegend verändert. In der Corona-Pandemie musste der Staat Unternehmen stützen, die Bevölkerung schützen und entlasten und er hat mit vielen Regelungen stark in die persönlichen Lebenswelten der Bürger:innen eingegriffen. Dies hat einerseits die Erwartungen an den Staat und staatliche Infrastrukturen erhöht und andererseits Widerstand gegen weitreichende Regelungen hervorgerufen. Die wirtschaftliche Situation und die Auswirkungen des Klimawandels werden den Staat und sein Verhältnis zu Bürgerinnen und Bürgern weiter fordern.

Vor diesem Hintergrund wurde eine qualitative Studie durchgeführt, die sich mit folgenden Themen beschäftigt hat:

- Welche Erwartungen richtet die Bevölkerung an einen modernen Staat? Was sollten Kernaufgaben des Staates sein, welche staatlichen bzw. öffentlichen Infrastrukturen sind notwendig? Wo sollte der Staat mehr Verantwortung übernehmen, wo weniger?
- Wo setzt die Bevölkerung auf die Wirtschaft, wo auf gesellschaftliche Akteure oder auf die Verantwortung jedes Einzelnen?
- Wie werden die Performanz einzelner staatlicher Ebenen und Institutionen und die Leistungsfähigkeit staatlicher Infrastruktur bewertet? Inwiefern sind die eigenen Erfahrungen mit (kommunalen) Verwaltungen oder anderen staatlichen Institutionen Grundlage für Einschätzungen?
- Wo gibt es aus Sicht der Bevölkerung zu viele Regeln und Vorgaben? Wo fehlt es hingegen an Regeln und Durchsetzungskraft des Staates?

Methodisches Vorgehen

- **Studiendesign**
  Es wurde ein qualitativer Ansatz mit Einzelinterviews gewählt, um eine tiefgehende, individuelle Exploration der Themen zu ermöglichen.
  Vor den Einzelinterviews bearbeiteten alle Proband:innen ein vorbereitendes Aufgabenheft.

- **Sample**
  - 24 Einzelinterviews zu je 90 Minuten
  - 6 Einzelinterviews pro Erhebungsort

- **Erhebungszeitraum**
  Die Einzelinterviews wurden vom 11. bis 19. November 2024 durchgeführt.

- **Erhebungsorte**
  Die Erhebungsorte waren Essen, Berlin, München und Dresden. Die Auswahl ermöglichte es, relevante Einflussgrößen zu berücksichtigen, insbesondere Unterschiede bei der regionalen Verwaltungs- und Wirtschaftsstärke.

Zielgruppenauswahl: Sample-Kriterien

Quotenmerkmale für die Einzelinterviews

- **Split nach Alter:**
  - Jüngere Befragte: 18- bis 34-Jährige (8 Interviews)
  - Mittelalte Befragte: 35- bis 59-Jährige (8 Interviews)
  - Ältere Befragte: 60 Jahre und älter (8 Interviews)
- **Split nach Bildungsgrad:**
  - Höhere Bildung (12 Interviews)
  - Niedrigere / mittlere Bildung (12 Interviews)
- **Pro Gruppe:**
  - Geschlecht: 50% weiblich und 50% männlich
  - Guter Mix Familienstand
  - Guter Mix Einkommen
  - Guter Mix zwischen städtischer und ländlicher Umgebung: direktes Stadtgebiet der Erhebungsorte und Umland
  - Guter Mix Migrationshintergrund pro Standort (1-2 Personen mit direktem Migrationshintergrund oder Menschen mit Migrationshintergrund in zweiter Generation)
  - Guter Mix Interesse an Politik
  - Guter Mix Erfahrungen mit dem Staat (generell schon mal gehabt / in den letzten 5 Jahren gehabt), z.B. Schule, Einwohnermeldeamt, Sozialamt, Rente, Finanzamt, BAföG, Kindergeld, Arbeitslosengeld, Corona-Hilfe, Polizei, Feuerwehr, Wahlen, Bundeswehr, Ordnungsamt, Ausländerbehörde
  - Guter Mix Wunsch nach mehr staatlichem Einfluss vs. Wunsch nach weniger staatlichem Einfluss
  - Guter Mix Mindset: Kosmopolitisch vs. lokal verwurzelt

Wie dieser Bericht zu lesen ist: Abkürzungsverzeichnis und allgemeine Hinweise

Lesart der Gewichtungen von Nennungen

- Aussagen oder Aspekte, die von etwas weniger als der Hälfte der Befragten erwähnt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [teils]
- Aussagen oder Aspekte, die von n = 1-2 Befragten erwähnt wurden (Einzelmeinungen), die aber dennoch relevante Aspekte beleuchten, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [selten]
- Aussagen oder Aspekte, die von ‚jüngeren' Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 18-bis 34-Jährige) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [J]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen ‚mittleren Alters' (entsprechend der Zielgruppendefinition: 35-bis 59-Jährige) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [M]
- Aussagen oder Aspekte, die von ‚älteren' Personen (entsprechend der Zielgruppendefinition: 60-Jährige und älter) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [A]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen mit höherer Bildung (entsprechend der Zielgruppendefinition: Abitur und höher) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [H]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen mit niedriger Bildung (entsprechend der Zielgruppendefinition: Mittlere Reife oder geringer) genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [N]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen aus den alten (westdeutschen) Bundesländern genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [West/W]
- Aussagen oder Aspekte, die von Personen aus den neuen (ostdeutschen) Bundesländern genannt wurden, sind mit folgender Kennzeichnung versehen: [Ost/O]

Sonstige Hinweise

- Zitate sind kursiv und in Anführungszeichen gesetzt

Hintergrund und Methode

› **Zusammenfassung der Studie**

Allgemeine Wahrnehmung des Staates

Modernitätsempfinden und Erfahrungen mit dem Staat

Kernaufgaben des Staates

Das Verständnis von Staat ist recht umfassend und bezeichnet aus Befragtenperspektive das grundlegende gesellschaftliche, administrative, politische und kulturelle System.

Verständnis und Wahrnehmung des Staates

- Der Begriff Staat ist für die Befragten **kein abstrakter Begriff, sondern manifestiert sich in einer Vielzahl von faktischen und emotionalen Ausprägungen**, die insgesamt auf das Zusammenleben der Individuen einer Gesellschaft einzahlen.
- Zum Staat werden zum einen **Institutionen** gezählt, typischerweise werden dabei zuerst **Behörden und Ämter** genannt. Darüber hinaus aber auch **Politik / Parteien** sowie der **demokratische Rechtsstaat**.
- Neben diesen strukturellen Ausprägungen werden zudem kulturelle und emotionale Ausprägungen assoziiert – in Gestalt sowohl **demokratischer als auch westlich-christlicher Werte**. Als **Kernversprechen des Staates** gelten **Sicherheit und Stabilität,** die es – trotz sich ändernder Umstände – den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, sich mit dem Staat verbunden zu fühlen und in ihm ihre Heimat zu finden.

Erfahrungen mit dem Staat und Modernitätsempfinden

- **In jeder Biografie sind vielfältige Erfahrungen mit dem Staat verankert:** Oftmals Behördengänge, aber auch Erfahrungen beispielsweise im Kontext Schule / Ausbildung, Kontakte mit der Polizei, Teilnahme an Wahlen oder am Gesundheitssystem. Die Erfahrungen fallen hier je nach Anlass und Kontaktpunkt sehr differenziert aus. Über alle Kontakte hinweg lassen sich wiederkehrende Aspekte identifizieren, die (faktisch und emotional) positive oder negative Erfahrungen begünstigen.
- **Positive Erfahrungen** manifestieren sich v.a. in **konkreten Leistungen** (z.B. Dienste wie Schulbildung, Gesundheitsfürsorge oder finanzielle Hilfe), die **korrekt, effizient, schnell** (z.B. digital), **transparent und in der Kommunikation verständlich** bereitgestellt werden. Beim Kontakt mit den Repräsentanten des Staates werden **Freundlichkeit, Engagement, ein Begegnen auf Augenhöhe** und die Wahrnehmung als mündige:r Bürger:in geschätzt – dies scheint in den letzten Jahren deutlich besser geworden zu sein.
- **Negative Erfahrungen** zeigen sich in **mangelnden oder schlechter werdenden Leistungen** (z.B. im Gesundheitswesen, bei Bildung, Wohnungsbau, Infrastruktur), **komplexen und wenig verständlichen Prozessen / Kommunikation** oder auch in **direkten Konfrontationen** (z.B. Rechtsstreitigkeiten) mit dem Staat. Negatives Verhalten zeigt sich v.a. in unfreundlichem Umgang, **bevormundendem, autoritärem, willkürlichem Verhalten** oder auch in Form von **Desinteresse** an den Belangen der Bürgerinnen und Bürger.
- **Ein moderner Staat** ist aus Sicht der Befragten ein Staat, der **Leistungen, Prozesse und Kommunikation an veränderte Verhältnisse und Bürger:innen-Realitäten anpasst**. Es geht um ein evidenzbasiertes Handeln, das sich wandelnde Realitäten berücksichtigt. Insgesamt vermittelt ein moderner Staat **Entscheidungsfreude, Flexibilität und Konsequenz**, um weiterhin Sicherheit zu gewährleisten. Dabei soll aber das **demokratische Fundament beibehalten** und ggf. durch neue Formen der Bürgerbeteiligung ergänzt werden.
- Der **Modernitätsgrad des Staates wird aktuell ambivalent wahrgenommen**: Einerseits werden Verbesserungen auf vielen Ebenen konstatiert, z.B. Angehen neuer Herausforderungen, Ausbau von Sozialleistungen, Digitalisierung, Einbinden von Bürgerinnen und Bürgern und generell ein freundlicherer Umgangston. Andererseits scheint der Modernisierungsgrad des Staates allmählich abzunehmen. Zukunftsorientierung und somit das staatliche Kernversprechen Sicherheit erodieren, da der Staat nicht genügend Ressourcen zur Bewältigung der Vielfalt aktueller Herausforderungen habe, weniger evidenzbasiert vorgehe und Politik z.T. stärker ideologisch handele als früher.

Staatlich verankerte Rahmenbedingungen werden in fast allen Bereichen für relevant erachtet. Wie „fest" oder absolut diese sein sollen, hängt für die Bürger:innen v.a. stark von der eigenen politischen Einstellung ab. Konsens herrscht, dass sicherheitsrelevante Themen staatliche Kernaufgaben sind.

Kernaufgaben des Staates

- Es besteht Konsens darüber, dass der Staat **in allen Bereichen des Lebens gewisse rechtliche, demokratisch verankerte Rahmenbedingungen** vorgeben kann und soll, um so Sicherheit, Verbundenheit und Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten. **Wie stark ausgeprägt** diese Rahmenbedingungen sein sollen, **hängt jedoch sehr stark von den politischen Einstellungen der Befragten sowie ihrer allgemeinen Werteorientierung ab**. Hier zeigen sich gewisse **Spannungsfelder, v.a. zwischen Eigenverantwortung vs. Delegation / staatliche Verantwortung, Glaube an Überlegenheit einer liberalen Wirtschaftsordnung vs. Präferenz stärkeren staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft, Präferenz eher liberaler vs. sozialer vs. traditioneller vs. materieller vs. postmaterieller Werte.**

- Als **Kernaufgaben mit dem Wunsch nach stärkerem staatlichem Einfluss** werden v.a. **sicherheitspolitische Themen (innere & äußere Sicherheit, Kampf gegen Extremismus)** betrachtet, da sie als staatliches Grundversprechen gelten und ein Rückzug des Staates den Zerfall der öffentlichen Ordnung zur Folge hätte; dadurch könnte allen anderen Bereichen die Grundlage entzogen werden. Als herausfordernd wird wahrgenommen, dass in diesem Bereich der Staat seinen Aufgaben zunehmend nicht ausreichend nachkomme. Manche Befragten sehen das Thema Sicherheit auch in anderen Bereichen verankert, z.B. **Migration/Integration, soziale Absicherung oder Bildung** und wünschen sich auch hier einen entsprechend starken, staatlichen Einfluss. Der Bereich Bildung wird deshalb diesbezüglich auch eher als Kernaufgabe gesehen, da dieser das Fundament für das künftige Wohlergehen des Staates und seiner Einwohner bilde.

- **Geringen bzw. keinen staatlichen Einfluss** wünschen sich die meisten Befragten im **Bereich Alltag / allgemeine Lebensführung sowie im Bereich Medien**. Der eigene Lebensstil gilt als Ausdruck des Rechts auf individuelle Selbstentfaltung (solange er anderen Menschen nicht schadet) und somit als Intimbereich. Medien sollten Pressefreiheit genießen, da sie zur freien Meinungsbildung beitragen und somit ein Baustein der demokratischen Basis des Staates sind. In beiden Bereichen scheint der Staat seinen Aufgaben angemessen nachzukommen, auch wenn gelegentlich von ideologisierendem Einfluss auf den Alltag berichtet oder eine stärkere Regulierung zum Schutz vor medialen Falschinformationen gewünscht wird.

- **Die meisten anderen Bereiche werden im Lichte der oben skizzierten Spannungsfelder wahrgenommen**: Im Bereich **Soziales** (Gesundheit, Schutz vor Armut, Rente) herrscht zwar Übereinstimmung, dass ein Basisangebot des Staates bestehen sollte (insbesondere im Bereich Gesundheit und Schutz vor absoluter Armut), doch die Meinungen darüber, wie stark Sozialleistungen ausgebaut werden sollten und wie das Verhältnis von Fördern vs. Fordern ausgestaltet sein sollte, polarisieren stark – hier werden insbesondere Bürgergeld und Mindestlohn kontrovers diskutiert. Bei **Wirtschaftsthemen** (wirtschaftliche Entwicklung, Inflationsbekämpfung, z.T. auch Wohnungsbau und Infrastruktur) prallen marktliberale (höherer Effizienz- und Innovationsgrad, Eigenverantwortung, Leistungsprinzip) auf sozialorientierte / staatsinterventionistische (Chancengerechtigkeit, Solidarität, Umverteilung) Ansichten, die sich in Forderungen nach weniger bzw. mehr staatlichem Einfluss ausdrücken.

- Insgesamt beobachten die Befragten, dass die Bevölkerung sich (tendenziell) zunehmend einen **etwas stärkeren Staat** wünscht. Hiermit ist aber **nicht ein autoritärer Staat gemeint, sondern ein wie oben skizzierter moderner Staat**, der neue Aufgaben anpackt, Zukunftsfähigkeit und Vertrauen schafft und dabei die geschätzte demokratische Ordnung beibehält und um eine bürgernahe Alltagsrelevanz ergänzt.

Hintergrund und Methode

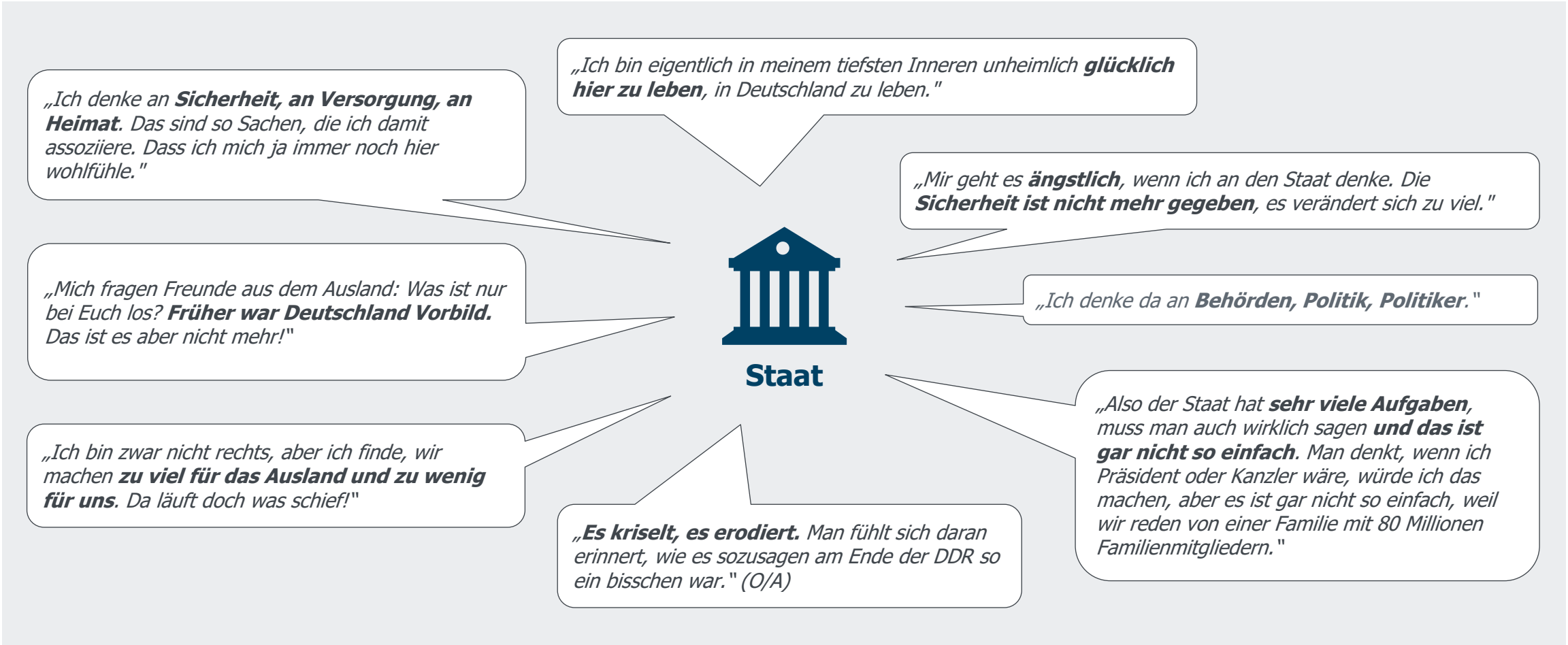
Zusammenfassung der Studie

› **Allgemeine Wahrnehmung des Staates**

Modernitätsempfinden und Erfahrungen mit dem Staat

Kernaufgaben des Staates

Der Begriff „Staat“ eröffnet ein breites Assoziationsfeld faktischer und emotionaler Natur. Bisweilen werden spontan auch Sorgen zur aktuellen Lage artikuliert.



Der Staat steht aus Befragtensicht für das grundlegende, sicherheitsvermittelnde gesellschaftliche, administrative, politische und kulturelle System.

Staat ist für die Befragten kein abstrakter Begriff, sondern manifestiert sich in einer Vielzahl von faktischen und emotionalen Ausprägungen, die den Staat im Alltag der Bürger verankern

- Institutionen, öffentliche Verwaltung und Rechtsrahmen / Regeln
  „Da denke ich spontan an die Polizei oder Ämter." „Als Lehrerin bin ich ja selbst Teil des Staates." „Der Staat ist sozusagen ein Konstrukt, das Individuen zusammenhält und ein Zusammenleben ermöglichen soll."
- Politisches System inkl. Regierung, Politiker, Parteien
  „Für mich gehört zu unserem Staat ganz klar Demokratie und die FDGO, also Verfassung und Grundgesetz." „Wenn ich an den Staat denke, dann denke ich natürlich erst mal so an die oberste Instanz des Landes, die alles steuert."
- (Demokratische) Werte und Kultur
  „Zum Staat gehören die Werte, nennen wir sie christliche Werte. Also die westlichen Werte, die unsere Gesellschaft zusammenhalten."
- Verbundenheit / Heimat / Identität
  „Ich finde es einfach schön hier, deshalb mache ich am liebsten auch Urlaub in Deutschland."
- Sicherheit / Stabilität als Kernversprechen
  „Keiner muss auf der Straße leben. Das ist ja auch nicht selbstverständlich, gibt es ja in einigen Ländern. Außerdem finde ich es gut, dass der Staat dafür sorgt, dass wir es einigermaßen sicher haben in diesem Land. Also der Staat steht allgemein einfach für Sicherheit."

Die Wahrnehmung des Staates ist überwiegend differenziert. Es werden sowohl positive als auch negative Aspekte gesehen – als Maßstab dienen hierbei v.a. Vergleiche zu anderen Ländern und zu vergangenen Zeiten in Deutschland *(Details dazu in den beiden folgenden Kapiteln)*

*„Zum Beispiel in Amerika ist die Gesellschaft ja viel gespaltener und es gibt kaum Absicherung." **vs.** „Die Niederlande sind moderner, wacher."*
*„Termine kann man heute online machen, das ist besser." **vs.** „Früher hat man sich sicherer gefühlt, heute bleibe ich nachts lieber daheim."*

Trotz differenzierter Wahrnehmung konstatiert eine Mehrheit der Befragten eine allmähliche Erosion staatlicher Leistungen und Stabilität, so dass Zukunftsängste hervortreten

„Die Rentner, die kämpfen ums Überleben. Mieten werden immer teurer, günstigen Wohnraum finden Sie nicht mehr." „Das Sicherheitsgefühl von früher, das ist einfach nicht mehr da." „Früher wusste ich genau, wen ich wählen soll. Heute fällt es mir echt schwer und so geht es vielen."

Zitate von Befragten

„Zum Staat gehört, dass man gewisse Reglements hat."
„Das Drei-Säulen-Prinzip im Prinzip, also im Endeffekt Legislative, Judikative, Exekutive."
„Also wie Eltern, die auf einen achtgeben. Und der Staat hat diese Aufgabe, dass er auf seine Bürger achtgibt. Das ist schon wichtig, weil ohne wäre es ein nicht so besonders geregeltes System."
„Unser wichtigstes Gut, die Demokratie, gilt es zu schützen."
„Ich bin kein ängstlicher Mensch, aber ich fühle mich schon wohl, wenn ich das Ordnungsamt oder die Streife nachts sehe."

„Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, haben sehr lange ein gut funktionierendes System gehabt, einen guten Sozialstaat, wenig Korruption. Also so, wie man sich das wünscht in einer westlichen Demokratie. Ich hoffe, dass dieser Status auch noch sehr lange aufrechterhalten bleibt."

„Ich fühl mich schon sehr reglementiert als Selbständiger – Mindestlohn, Lieferkettengesetz etc."

„Ich bin nach Deutschland aus der Türkei gekommen und habe die Möglichkeit bekommen, durch ein Berufs-vorbereitungsjahr eine Ausbildungsstelle zu bekommen. Das hätte ich mir sonst nicht leisten können, weil ich der Sprache nicht mächtig war. Da bin ich dem Staat sehr dankbar."

„Meine netten Nachbarn sind aus dem Libanon. Supernett, aber können kein Deutsch, obwohl sie 13 Jahre hier leben. Das ist für die Kultur ein bisschen schade. Also wir gehen da so ein bisschen unter, finde ich."

Der Sozialstaat gilt als integraler Bestandteil, da er auf die staatliche Grund-erwartung „Stabilität /Sicherheit" einzahlt. Jedoch wird auch eine gewisse Erosion gesehen und der Leistungsumfang je nach politischer Grundhaltung beurteilt.

Hintergrund und Methode

Zusammenfassung der Studie

Allgemeine Wahrnehmung des Staates

› **Modernitätsempfinden und Erfahrungen mit dem Staat**

Kernaufgaben des Staates

Positive und negative Erfahrungen mit dem Staat begleiten das eigene Leben in vielfältiger Form.

„Früher gab es da diesen Schupo bei uns im Stadtteil. Der kam bei uns rein und hat einen Kaffee getrunken. Den gibt es ja nicht mehr, diese Leute, die einfach nur so Ansprechpartner sind. Aber jetzt gibt es mehr Streifen in der Stadt. Und das macht ein gutes Gefühl!"

„Wir haben echt engagierte Lehrer, da geht es auch um Themen wie Rechtsextremismus oder Frauenrechte."

„Bei Schulen ist der Staat irgendwie desinteressiert. Man hört von Schlägereien auf der Schule, Polizeieinsätze, Krankenwagen. Das macht einem ja auch Angst, wenn man selber so ein kleines Kind hat, das bald in die Schule geht. Wenn man Geld hätte, würde ich ihn auf eine Privatschule schicke."

„Wenn man alles parat hat, also alle Unterlagen, dass das entsprechende Anliegen bearbeitet wird, dann läuft es eigentlich immer sehr reibungslos. Ja, also ich habe eigentlich gute Erfahrungen mit Ämtern gemacht."

Erfahrungen mit dem Staat

„Die Mitarbeiter im Jobcenter sind meist freundlich, aber wenn du wirklich Probleme hast, stehst du doch schon alleine da."

„Ich bin Wahlhelfer. Das hört sich altmodisch an, aber ist für mich eine Staatsbürgerpflicht."

„Ich hatte mehrfach auch im Leben das Glück, dass der Sozialstaat mir bei manchen Problemen zur Seite stand. Ob das nun war bei Erkrankung, da gab es Krankengeld zum Beispiel. Als ich arbeitslos wurde, bekam ich Arbeitslosengeld und für das Studium BAföG."

Auf faktischer Ebene positiv wirken insbesondere die korrekte, effiziente, gerechte und schnelle Gewährung staatlicher Leistungen.

Über alle Kontakte mit dem Staat hinweg, lassen sich wiederkehrende Aspekte identifizieren, die (faktisch und emotional) positive Erfahrungen mit dem Staat begünstigen.

Faktische Aspekte positiver Erfahrungen mit dem Staat sind:

- Konkrete Leistungen, insbesondere finanzielle Unterstützung & Beratung
  „Als wir vom Jobcenter gelebt haben, fand ich das immer sehr gut, dass die zum Beispiel Klassenfahrten übernommen hatten oder zwischendurch Förderprogramme hatten."
- Effizienz / Ordnung / Korrektheit – insbesondere bei Behördengängen / Verwaltungsakten
  „Nein, also bürokratisch war es nicht so schlimm. Das Ganze mit den Behörden, also Arbeitsamt und Ausländerbehörde und Landratsamt zwecks Aufenthaltserlaubnis und Arbeitserlaubnis, das ging alles sehr reibungslos."
- Schnelligkeit bei der Erledigung von Anliegen, v.a. Terminvereinbarungen und Bearbeitungszeit
  „Ich finde es gut, dass man online schnell Termine vereinbaren kann."
- Anpassen der Leistungen / Ausbau von Leistungen
  „Heute gibt es doch viel mehr Angebote als früher, z.B. Tablets in der Schule oder extra Förderung für Behinderte."
- Fairness, Neutralität und Gleichheit im Verhalten
  „Deutschland macht in den Behörden keinen Unterschied, wer da reinkommt. Ob da ein Peter reinkommt oder ein Ali. Das ist sehr tolerant."
- Genügende Ressourcen / Personal – auch im Sinne von Sichtbarkeit im öffentlichen Raum
  „Ich finde es gut, wenn z.B. die Polizei präsent ist in der Stadt."
- Digitale Angebote
  „Ich muss Antragsformulare nicht auf dem Postweg verschicken. Ich mache beim Finanzamt seit 15 Jahren alles über Elster. Das ist so genial, es ist ein Automatismus da, das macht mir das Leben leichter. Macht regelrecht Spaß, eine Steuererklärung zu machen."
- Einbinden des Bürgers – nicht nur als Mitarbeiter (Beamter / Angestellter / Arbeiter), sondern auch in anderen Funktionen wie Wahlhelfer → Mitgestaltungsmöglichkeit / gelebte Demokratie
  „Als Wahlhelfer habe ich wirklich das Gefühl, wir leben in einer Demokratie und es geht geordnet zu."
- Verständlichkeit / Transparenz
  „Gut, dass die Polizei auch auf TikTok ist. Da bekommt man viel mehr mit."„Kein Fachchinesisch."

Zitate von Befragten

„Jeder bekommt in Deutschland eine kostenlose Schulbildung, das ist nicht selbstverständlich in jedem Land."

„Ich kenne es auch wieder nur aus meiner Erfahrung, aber so mit Kindergarten und Kind und so weiter, diese Angebote sind theoretisch natürlich viel umfangreicher als es früher war."

„Die Schulungen zum Wahlhelfer sind sehr strukturiert, sehr transparent. Da hat alles seine Ordnung"

„Ich habe Vereine gegründet und das ging schnell mit der Genehmigung."

„Ich bin mal zur Rentenversicherung gegangen und habe sofort einen Termin bekommen."

„Das Deutschlandticket ist mal eine gute neue Sache."

„Es wird eher neutral gehalten. Man wird auch zum Beispiel im Politik-Unterricht jetzt nie in irgendeine Richtung so gezwungen."

„Bei der Gemeindeverwaltung kann man zu jeder Zeit kommen, auch wenn kein Sprechtag ist."

„Als wir eingewandert sind aus der Ukraine, haben wir auch zum Beispiel vom Staat so Bibliotheksausweise bekommen, damit wir schneller deutsch lernen können."

Auf emotionaler Ebene werden insbesondere Empathie / Menschlichkeit, Flexibilität, Offenheit, Begegnen auf Augenhöhe sowie Tatkraft und Engagement geschätzt.

Emotionale Aspekte positiver Erfahrungen mit dem Staat sind:

- Menschlichkeit / Empathie / Freundlichkeit – Verbesserung über die Jahre festzustellen [M / A]
  „Beim Bürgeramt sind alle sehr freundlich, das ist echt besser geworden über die Jahre."
- Hilfsbereitschaft / Engagement
  „Aber ich finde diese jungen Lehrer gut. Die haben ja immer wieder Fortbildungen. Und da lernen die, wie die mit Schülern umgehen müssen, wenn die Probleme haben."
- Proaktivität – aktive Unterstützung, die über bloßes Reagieren auf Anliegen hinausgeht
  „Der war auch superfreundlich, der Mitarbeiter im Arbeitsamt. Der hat mir auch ein paar Anlaufstellen gegeben, wo ich mich schon mal nach einer Ausbildung erkundigen könnte, hat mir dann auch eine Webseite gezeigt, wo ich mich in die Berufe einlesen kann."
- Tatkraft / Motivation – Verbesserung über die Jahre festzustellen [M / A]
  „Auf dem Berufskolleg habe ich meinen Hauptschulabschluss nachgeholt. Und da habe ich eigentlich sehr, sehr gute Erfahrungen gemacht, weil die Lehrer einfach alle supernett waren, und das war auch genau die Zeit, wo ich dieses digitale Endgerät bekommen habe."
- Flexibilität – Nutzen von Ermessensspielraum statt striktem Festhalten an Vorschriften
  „Also ich war damals auch bei der Polizei, wo ich 17 Jahre alt war, da wurde ich nämlich angezeigt. Das würde ich aber trotzdem als positiven Punkt betrachten, weil der Polizist einfach mega freundlich war und da auch nicht weiter nachgegangen wurde, weil es halt, ich sage mal jetzt auf gut Deutsch, es war einfach Kinderkacke."
- Begegnen auf Augenhöhe / Mündigkeit des Bürgers ernstnehmen
  „Als Wahlhelfer darf ich in der Position als Wahlvorstand auch eine Führungsverantwortung übernehmen, wenn auch nur ungefähr für ein paar Stunden, aber ist noch mal was anderes als im Job."
- Ausstrahlen von Durchsetzungsstärke / positiver Autorität
  „Wenn man Polizeistreifen in der Öffentlichkeit sieht, fühlt man sich gleich sicherer."

Zitate von Befragten

„Der grundsätzliche Umgang ist gut. Also, ich habe als Kind gelernt, dass man nett zu den Leuten ist, dann sind die Leute in der Regel auch nett zu einem selber."

„Also, wie gesagt es wird tendenziell besser, weil auch der Menschenschlag sich ändert. Also es kommt frischer Wind, eine neue Generation rein, die nochmal anders ist als früher."

„Für mich ist Freundlichkeit wichtig, die Hilfsbereitschaft, um das Problem zu bewältigen. Nicht, dass man so meint: Ah, lassen Sie mich in Ruhe. Nee, das muss schon so rüberkommen, dass man denkt, er hört sich das an. Und dann, wir schauen mal, was wir draus machen. Er muss mir ja nicht letztendlich die Hilfe geben, die ich vielleicht erwartet habe. Aber mir das Gefühl geben. Und das finde ich, ist in den letzten paar Jahren schon ein bisschen gewachsen."

„Man hatte das Gefühl, dass sie sich wirklich für uns interessieren, als meine Familie aus Syrien gekommen ist. Also ich glaube, die haben sich auch ganz schnell wohlgefühlt in Deutschland damals."

„Ich hatte richtig Angst gehabt, also wirklich sogar Existenzangst für mich und meine Familie, für mein Haus und für alles. Da habe ich angerufen und einen guten Berater gehabt, der hat mir richtig geholfen, hat gesagt: So, dann schreiben Sie einen Brief, in dem Sie das und das schreiben. Ich habe mich so erleichtert gefühlt!"

Negativ werden nicht nur mangelnde Leistungen gesehen, sondern auch wenig effiziente und intransparente staatliche Prozesse.

Über alle Kontakte mit dem Staat hinweg, lassen sich wiederkehrende Aspekte identifizieren, die (faktisch und emotional) negative Erfahrungen mit dem Staat hervorrufen.

Faktische Aspekte negativer Erfahrungen mit dem Staat sind:

- Insgesamt zu wenig Ressourcen, insbesondere mangelnde Personalressourcen
  „Überall das Gleiche, das war auch bei der Rentenkasse so. Man hört nur: Wir brauchen Personal, wir haben kein Personal."
- Verweigerte Leistungen
  „Ich habe sehr lange prozessiert wegen meiner Rente. Der Staat hat mich so in die Ecke gedrängt, dass ich aufgegeben habe."
- Abbau von Leistungen / mangelnde Leistungen / hohe Kosten [A]
  „Kosten in Ämtern waren viel günstiger im Vergleich zu heute. Das war ja echt alles bezahlbar. Für so eine Passverlängerung sind Sie heute ratzfatz 30 Euro los, wo ich so denke, immer noch 70 Mark." „Der soziale Wohnungsbau wird immer weniger."
- Konfrontation mit dem Staat
  „Bei Demos geht die Polizei manchmal mit Pfefferspray durch die erste Reihe. Wo ich dann denke: völlig überflüssig! Und das in dieser vermeintlich liberalen und lockeren Gesellschaft."
- Langwierige Prozesse / wenig Termine
  „Bis Sie da diese Termine kriegen beim Straßenverkehrsamt, das dauert. Wenn ich jetzt anrufe, dann sagen die mir Frühjahr 25."
- Unklare Prozesse / Zuständigkeiten
  „Als ich daheim ausgezogen bin, bin ich erst zum Jobcenter, die haben mich dann aber zum BAföG-Amt geschickt und die wieder zurück. Das ging hin und her."
- Bürokratie / komplexe Verfahren / Ineffizienz
  „Beim Lieferkettengesetz muss man jetzt auch alles ausfüllen. Da brauchen wir einen, der muss jeden Tag am Schreibtisch sitzen, um das zu machen. Das kostet eben viel Zeit und demzufolge auch mehr Kosten für unseren Betrieb."
- Intransparenz / Unverständliche Kommunikation
  „Es gibt viele Förderungen, aber man muss sich vorher echt gut informieren. Es ist jetzt nichts, was einem so zufliegt."
- Veraltete Technologie
  „Ich wollte Dokumente hochladen, aber das ging nicht."

Zitate von Befragten

„Ist ja schön, dass man Termine online machen kann, aber es gibt kaum welche, da das Personal fehlt."

„Früher hat es schon drei Monate gedauert, bis Sie eine Baugenehmigung bekommen. Und jetzt weiß ich nicht, wie lang es heute dauert, ich möchte es gar nicht wissen!"

„Einer meiner Freunde ist Amerikaner. Der wartet schon drei Jahre auf seine Einbürgerung und muss nun neue Gehaltsunterlagen einreichen, weil die veraltet sind mittlerweile."

„Die Schulen sind mittlerweile eine Katastrophe. Toiletten sind kaputt und verdreckt und normaler Unterricht kaum mehr möglich."

„Bei uns stürzen mittlerweile ja sogar die Brücken ein!"

„Dieses Amtsdeutsch, da denke ich mir, ein bisschen frischer geht es ja vielleicht auch. Und jetzt gibt es ja noch das Reizthema mit Gendern."

„Beim Elterngeldantrag muss ich das Ding ausdrucken und alles handschriftlich eintragen und dann auch noch per Post hinschicken. Ich hätte es ja auch noch mal eingescannt, aber das ist nicht der Weg. Das muss alles noch mit Papier."

Aus emotionaler Perspektive gelten insbesondere überheblich-distanziertes Verhalten und mangelnde Empathie als negative staatliche Erfahrungen.

Emotionale Aspekte negativer Erfahrungen mit dem Staat sind:

- Unfreundlichkeit / geringer Respekt
  „Beim Jobcenter sind alle gestresst. Da hat mich selbst der Security-Mann dort getröstet, dass die alle so seien."
- Mangelnde Kommunikation / Austausch
  „Der Zoll hat mal eine bestellte Tasche vernichtet, für die ich Geld bezahlt hatte und ich dann noch mal Geld bezahlen musste. In der Situation hat der Kontakt gefehlt. Ich hatte keinen Ansprechpartner und da hatte sich niemand im Vorfeld irgendwie gemeldet."
- Bevormundendes / autoritäres / überhebliches Verhalten
  „Und wenn man ein Pillenrezept brauchte, konnte man mit dem Pillenrezept zum Sozialamt gehen. Und dann sagte dann der Sachbearbeiter: Wozu brauchen Sie denn ein Pillenrezept? Sie sind doch alleinerziehend. Sie haben doch gar keinen Partner. Das war so bevormundend!"
- Starres Verhalten / geringes Eingehen auf individuelle Belange
  „Da musste ich mir beim Amt eine Stunde einen Termin antun, wie ein Beratungsgespräch, so ein bisschen wie bei der Arbeitsagentur, so Berufsbildungsberatung. Aber ich weiß doch, was ich will. Ich habe mir den Fernstudiengang schon ausgesucht. Ich habe ein ganz klares Ziel, alles mit dem Arbeitgeber besprochen. Ich will nur das BAföG. Das ist ein bisschen entmündigend, wenn man da so erniedrigt wird."
- Geringe Tatkraft / Interesse / Entscheidungsfreudigkeit
  „Ich habe ein Problem zum Beispiel mit Leuten bei uns in der Nachbarschaft. Daher habe ich einen Kontakt zum Ordnungsamt. Da vermisse ich ein bisschen das Durchgreifen oder die Umsetzung dessen, was da mitgeteilt wurde "
- Willkürliches Verhalten
  „Die Straße war vorher immer eine 50er Straße, 50 km/h erlaubt, es ging zügig bis zur Autobahn durch. Kaum hat der Stadtrat dort sein Haus bezogen, waren nur noch 30 erlaubt – und zwar durchgängig. Die Schlangen an Verkehr, das ist ihm ja egal."
- Anonymität, v.a. über zu starke Digitalisierung
  „Allerdings sollte nicht alles digital sein. Man braucht ja schon einen Ansprechpartner."
- Zudem auch: Negative staatliche Erfahrungen werden durch negatives Verhalten der Bürger gegenüber dem Staat verstärkt
  „Ich habe einige Polizisten im Freundeskreis. Die berichten, dass da immer mehr Respekt verloren geht, dass da der Job auch immer anspruchsvoller und immer gefährlicher wird."

Zitate von Befragten

„Ich hatte das Gefühl, dass man eben als Bittsteller da hinkommt. Aber man sollte nicht so behandelt werden."

„Na, eigentlich sind die sehr mit sich selbst beschäftigt. Also, die Verwaltung befasst sich sehr mit sich selbst. Schlecht erreichbar, wenig digitalisiert. Und ansonsten: Bei vielen Sachlagen rennt man von Pontius zu Pilatus und muss am Ende dann zur Widerspruchsstelle."

„Aber der Staat soll sich auch nicht einmischen wie beim Heizungsgesetz. Das war ein bisschen übertrieben von Herrn Habeck, dass der Bürger sowas von eingeschnürt und geknechtet wird."

„Beim Kindergarten habe ich mir selber geholfen. Wie gesagt, da hatte ich echt Glück, also da habe ich gar keinerlei Unterstützung gekriegt, auch nicht von der Stadt, obwohl ich mir das gewünscht hätte."

„Zum Beamtentum habe ich ein kritisches Verhältnis. Die wirken auf mich alle so satt. Das Beamtentum als solches ist für mich ein Wasserkopf."

„Eine Bekannte von uns arbeitet bei der Arbeitsagentur. Die erzählt dann, dass einfach Abläufe sehr starr gehalten werden und man durchaus da Einsparmöglichkeiten hätte oder auch Verbesserungsmöglichkeiten hätte, die aber dann teilweise einfach von älteren Vorgesetzten ignoriert werden oder einfach nicht weitergeleitet werden. Und somit bleibt halt dieses ‚haben wir schon immer so gemacht' einfach bestehen."

Modernität des Staates zeigt sich nicht nur in Digitalität. Es geht v.a. um eine zeitgemäße Anpassung der Leistungen und Prozesse an sich ändernde Bedingungen, ohne die demokratische Grundausrichtung zu kompromittieren.

Ein moderner Staat ist für die Befragten ein Staat, der Leistungen, Prozesse und Kommunikation an sich verändernde Verhältnisse anpasst. Es geht um evidenzbasiertes Handeln, das neue empirische Realitäten berücksichtigt. Dabei soll aber stets das demokratische Fundament beibehalten und ggf. durch neue Formen der Bürgerbeteiligung ergänzt werden.

Ausprägungen von Modernität sind insbesondere:

- Ausstrahlen von Aufbruchstimmung und Entscheidungsfreude
  „Es ist eine Aufbruchstimmung, die ich mir manchmal einfach so wünschen würde."
- Beibehalten „klassischer" Werte wie Effizienz / Ordnung / Leistung – adaptiert an neue Umstände
  „Die klassischen preußischen Tugenden sollten immer noch gültig sein: Pflichtbewusstsein, Pünktlichkeit, Strebsamkeit, Mitzudenken."
- Flexibilität im Handeln und Denken, das sich an (neuen) empirischen Realitäten orientiert / Lernen von Vorbildern
  „Der Staat muss flexibel sein. Er muss flexibel auf die Änderungen in der Gesellschaft eingehen können oder schneller reagieren können auf das, was so im Staat selber passiert." „Wir haben so viele tolle Nachbarn, zum Beispiel die Skandinavier oder Estland. Die haben alles digital, bei denen funktioniert alles digital. Ja, warum kopieren wir das nicht?"
- Konsequentes Umsetzen des Rechtssystems, ohne den demokratischen Kern zu kompromittieren
  „Wir haben ein sehr fortschrittliches Rechtssystem, was meiner Meinung nach einfach sehr konsequent umgesetzt werden müsste. Dann würde es hier schon bedeutend besser um einiges stehen."
- Neue Formen von Kommunikation und Beteiligung der Bürger ermöglichen
  „Bürger sollten mehr mitbestimmen können, z.B. über Bürgerforen." „Der Staat soll online präsenter sein."

Bezüglich des aktuellen Modernitätsempfindens des Staates herrscht ein zwiespältiges Bild

- Einerseits werden Verbesserungen auf vielen Ebenen konstatiert, z.B. Angehen neuer Herausforderungen, Ausbau von Sozialleistungen, Digitalisierung, Einbinden von Bürgerinnen und Bürgern.
- Andererseits haben insbesondere ältere Befragte den Eindruck, dass der Modernisierungsgrad des Staates allmählich abnimmt, da das staatliche Kernversprechen Sicherheit erodiert, der Staat nicht genügend Ressourcen zur Bewältigung der Vielfalt der aktuellen Herausforderungen habe, z.T. wenig evidenzbasiert vorgehe und Politik z.T. stärker ideologisch handele als früher.

Zitate von Befragten

„Aktuell finde ich, dass es so eine Rückwärtsgewandtheit hier ist. Es gibt so eine Entscheidungsangst."

„Offenheit, schnellere Reaktionen, bessere Connections. Und nicht immer neue Vorschriften erfinden, sondern erst mal schauen, wie kann man die alten erweitern bzw. was kann man da ändern? Das wäre wünschenswert."

„Teils, teils. Wir sind teils ein sehr moderner, aufgeklärter Staat, sind aber dabei teilweise ein bisschen zu naiv. Das ist aber eher politisch bedingt und nicht anhand von staatlichen Institutionen."

„Ich empfinde den Staat als modern, weil ich Termine bei den Ämtern einfach online machen kann oder die Polizei und der Zoll mehr in Social Media vertreten sind."

„Es verändert sich ins Positive. Zum Beispiel Genderneutralität. Auch die Unterstützung für LGBTQ und religiöse Gemeinschaften läuft besser als davor." (J)

„Früher hatten wir in der Schule auch ein behindertes Kind und das kam einfach nicht mit. Und wenn ich dann heute diese Betreuungsangebote sehe, das ist natürlich extrem viel besser geworden und auch so diese Individualität, auf einzelne Gruppen eingehen zu wollen. Moderner sind wir schon."

„Der Staat war eigentlich immer sehr innovativ. Der Deutsche wusste sich immer zu helfen. Das ist aber nicht mehr so."

„Du brauchtest früher keine Angst haben, du konntest frei überall hin gehen, ohne dir Sorgen zu machen, dass was passiert."

Hintergrund und Methode

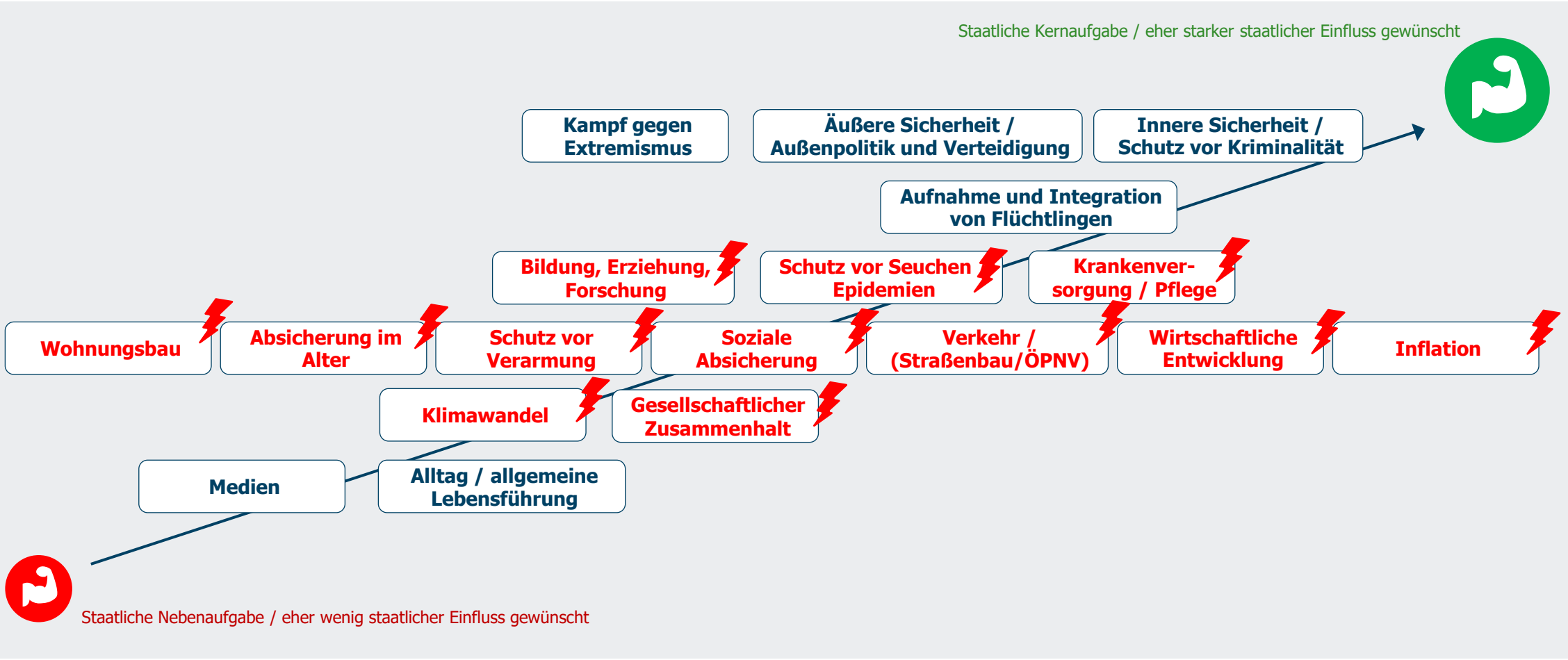
Zusammenfassung der Studie

Allgemeine Wahrnehmung des Staates

Modernitätsempfinden und Erfahrungen mit dem Staat

› **Kernaufgaben des Staates**

Insbesondere in sicherheitsrelevanten Bereichen ist hoher staatlicher Einfluss gewünscht, im Alltag eher weniger. In vielen anderen Bereichen zeigt sich ein ambivalentes Bild.



Ob ein Bereich als Kernaufgabe des Staates angesehen wird oder nicht, hängt stark von der eigenen politischen Einstellung ab.

- Unter den Befragten herrscht Konsens darüber, dass der Staat in allen Bereichen des Lebens gewisse gesetzliche Rahmenbedingungen – solange sie demokratischen Prinzipien des Grundgesetzes entsprechen – schaffen kann, um Rechtssicherheit zu gewährleisten, Willkür zu vermeiden, Chancengleichheit zu erhöhen und ein Zusammenleben zu ermöglichen.
  „Der Staat muss Rahmenbedingungen schaffen. Sonst wäre das eine Bananenrepublik. Da kann jeder machen, was er machen will. Und dann macht er heute so und morgen so und es ist keine Verlässlichkeit. Und in so einen Staat kann ich nicht investieren." „Kernaufgaben sind staatliche Ordnung, staatliche Sicherheit, Regelung des Zusammenlebens und Aufrechterhaltung des öffentlichen Lebens und des sozialen Lebens."
  „Die Kernaufgabe aus meiner Sicht wäre die Einhaltung des Grundgesetzes, dass die Artikel gewahrt werden."
- Bereiche, die mit dem Thema Sicherheit assoziiert werden, werden übergreifend als staatliche Kernaufgabe definiert → reflektiert das staatliche Grundversprechen Sicherheit
  „Aber ich finde es sehr sinnvoll, dass das Gewaltmonopol eher beim Staat bleibt und halt eben nicht jeder sich selbst überlassen ist. Sonst haben wir ja Zustände wie in Mexiko. Das wollen wir natürlich überhaupt nicht."
- Der Bereich der allgemeinen Lebensführung (Lebensstil, Konsumverhalten, Freizeit, Sprache u.ä.) wird überwiegend als Bereich gesehen, in den der Staat wenig oder nicht eingreifen sollte, da er als Intimbereich und Ausdruck der eigenen Identität gesehen wird
  „Der Staat hat im Privaten nichts zu suchen. Das ist etwas, was einen totalitären Staat ausmacht. Also, da sind wir nicht mehr in der Demokratie, da sind wir dann schon längst in den Totalitarismus abgeglitten."
- Bei den meisten anderen Bereichen herrscht ein ambivalentes Meinungsbild. Hier wird die Wahrnehmung stark durch politische Einstellungen und Werthaltungen beeinflusst und findet Ausdruck in einigen Spannungsfeldern:
  - Marktliberale vs. sozialstaatliche Einstellung
    „Ich bin da so ein bisschen wie die Amerikaner. So wenig Staat wie möglich, aber so, dass es funktioniert, und dass sie ihre eigentlichen Aufgaben, die sie wahrnehmen sollen, auch erfüllen. Also sprich, sie sollen sich in Dinge nicht einmischen wie zum Beispiel in die Wirtschaft – da möchte ich eher ein liberales Wirtschaftsmodell, dass sie sich da am besten komplett raushalten." ***vs.*** *„Das Thema Umverteilung, ganz klar. Der Staat ist das Organ, das halt auch finanzielle Macht hat durch die Steuereinnahmen. Und die gilt es halt vernünftig umzuverteilen."*
  - Glaube an Überlegenheit von Eigenverantwortung (Effizienz, Innovation, Profitabilität) vs. Schaffen von (Chancen-)Gleichheit und Gerechtigkeit durch Delegation an den Staat
    „Als Unternehmer kann ich Sachen besser beurteilen als der Staat." „Eine Planwirtschaft hat nie Schritt gehalten mit dem, was wirklich Anwendung fand." ***vs.*** *„Man soll auch Menschen, die eben nicht mit dem goldenen Löffel auf die Welt gekommen sind, die Chance geben."*
  - Erwartete Konsequenzen bei stärkerem / schwächerem Engagement des Staates
    „Wenn der Staat sich bei Bildung raushalten würde, würde viel an Stabilität verloren gehen." „Ich bin für das bedingungslose Grundeinkommen, das würde viel Druck von den Menschen nehmen." „Bei den Absicherungsbereichen finde ich es schon sinnvoll, dass wir da in gewisser Weise Eigenverantwortung mit ins Boot holen. Man sieht ja, dass das Bürgergeld dazu führt, dass viele nicht mehr arbeiten wollen."
- Basierend auf diesen Aspekten fällt die Beurteilung des aktuellen staatlichen Engagements und der gewünschten Verbesserungen in manchen Bereichen entsprechend unterschiedlich aus *(Details nachfolgend)*

Sicherheit gilt als untrennbar mit Legitimität & Funktion des Staates verbunden. Zunehmende Unsicherheit, aber dennoch differenzierte Erwartungshaltungen.

Innere & äußere Sicherheit / Kampf gegen Extremismus

Gar nicht ● ● ○ ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Innere und äußere Sicherheit spielen eine zentrale Rolle; sie gelten als eng miteinander verzahnt und stehen für die Befragten in direktem Zusammenhang mit der Erwartung, dass der Staat Stabilität, Schutz und Rechtssicherheit gewährleistet. Der Fokus liegt hier nicht nur auf der tatsächlichen Gefahrenabwehr, sondern auch auf der Erzeugung eines subjektiven Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung. Sicherheit – sowohl faktische als auch gefühlte – gilt als Grundlage für soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität.
  - **Innere Sicherheit**
    - Schutz vor Kriminalität und Gewalt (häufig auch im Kontext Migration und 2015 als Wendepunkt diskutiert)
    - Gewährleistung öffentlicher Ordnung (z.B. soziale Konflikte verhindern, Demonstrationen regulieren)
    - Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus von allen Seiten (rechts, links, Islamismus etc.)
  - **Äußere Sicherheit**
    - Verteidigung gegen militärische Bedrohungen (insb. Diskussion des Ukraine-Konflikts und Zustands der Bundeswehr)
    - Grenzschutz und Migrationskontrolle (wird als unmittelbare Auswirkung auf die innere Sicherheit wahrgenommen)
    - Diplomatie und Konfliktprävention (insb. Diskussion von Außenpolitik und etwaiger Waffenlieferungen an die Ukraine bei Uneinigkeiten auf Ebene der Regierung)
- **Rolle Staat**
  Während andere Akteure unterstützend tätig sein können, wird die Gewährleistung von Sicherheit als originäre Aufgabe des Staates erlebt. Sie basiert auf seiner Rolle als Träger des Gewaltmonopols, seiner Gemeinwohlorientierung, seiner neutralen Position sowie seinen Ressourcen und institutionellen Kapazitäten. Sicherheit gilt dabei als untrennbar mit der Legitimität und Funktionsfähigkeit des Staates verbunden. Nichterfüllung oder Zweifel resultieren nicht nur in Unmut, sondern auch in erlebter Unsicherheit. Allerdings wird dieser „starke Staat" nicht als uneingeschränkt eingreifender Akteur gewünscht. Vielmehr wird ein moderater Staat bevorzugt, der die Grundpfeiler des gesellschaftlichen Zusammenlebens sichert und sich pragmatisch-flexibel an Erfordernissen orientiert, sich aber nicht als übergriffiger Akteur in alle Lebensbereiche einmischt (Stichwort Überwachungsstaat).
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Das Unsicherheitsgefühl in der Bevölkerung nimmt zu, bedingt durch gefühlte Zunahme von Kriminalität, Extremismus und internationalen Konflikten. Bedingt auch durch die Ausstattung der Bundeswehr und Defizite in der Durchsetzung von Gesetzen (etwa in der Migrationspolitik) sowie durch das Gefühl, dass keine langfristige und konsistente, politische Vision bestünde. Auch die „Flüchtlingskrise 2015" wird oftmals als ein Wendepunkt thematisiert. Gleichzeitig zeichnet sich z.T. eine Kehrtwende ab: Verstärkte Polizeipräsenz und Dialog mit Bürgern schaffen Vertrauen und auch in das „Sondervermögen Bundeswehr" wird Hoffnung gesetzt. Für eine nachhaltige Verbesserung wünschen sich die Befragten jedoch mehr personelle und finanzielle Ausstattung der Sicherheitsbehörden, eine konsequentere Gesetzesanwendung, Besetzung zentraler Stellen mit Fachpersonal, den Abbau falscher Toleranz, einen offenen Austausch zwischen Staat und Bürgern und einen flexibel-pragmatisch agierenden Staat, der sich an Bürgerrealitäten orientiert.

Innere & äußere Sicherheit: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ○ ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Der Staat sollte in erster Linie für die Sicherheit im Land sorgen. Er sollte die Leute, die radikal auffallen, egal ob radikal religiös oder radikaler Hooligan, solche Leute sollte der Staat auf jeden Fall überwachen, für die Sicherheit der Allgemeinheit sorgen."

„Wir haben extrem gute Gesetze und wir haben auch eine gute Rechtsgrundlage. Die müsste einfach nur konsequent umgesetzt werden. Und wenn das geschehen würde, würde es hier auch bei weitem weniger Probleme der öffentlichen Ordnung geben."

„Als Erstes kommt mir Sicherheit in den Kopf. Ob die da ist, das ist eine andere Sache. Aber so ein Staat, als Erstes kommt mir einfach spontan Sicherheit in den Kopf."

„Aber bei Kriminalität da will ich einen starken Staat haben, weil das kann ich ja nicht selbst regulieren."

„So wenig Staat wie möglich, aber bei den eigentlichen Aufgaben des Staates wie Sicherheit und Gesetzgebung - da sollte natürlich der Staat dann schon vorhanden sein und die Sachen auch gut umsetzen."

Positiv

„Ich denke, dass Boris Pistorius das gerade sehr souverän macht. Deswegen ist es fast schon schade, dass die Ampel zerbrochen ist. Er hat da eine sehr gute PR-Arbeit geleistet, hat auch durchaus die Bedürfnisse oder auch die Forderungen der Bundeswehr wieder in das politische Berlin gebracht."

„Ja, also ich bin der Meinung, dass diese Präsenz, diese Polizeipräsenz schon viel, viel Positives bewirkt."

„In den letzten 2 Jahren hat sich eine leichte Besserung ergeben. Der Etat für die Bundeswehr wurde erhöht. Leider noch nicht ausreichend für die aktuelle Weltlage. Ebenso müsste die Anzahl der Wehrpflichtigen für einen ausreichenden Schutz erhöht werden."

Negativ

„Gut macht der Staat nicht viel. Viel zu milde Strafen für Gewalttaten."

„Klar, Kriminalität hatten wir immer, aber das alles hat ja eigentlich angefangen ab 2015 irgendwann schlimmer zu werden."

„Meine Wahrnehmung von einem Staat von früher, würde ich behaupten, mein Sicherheitsgefühl ist gesunken, obwohl ich ständig mehr Polizisten sehe. Das hat was mit den Werten zu tun, die wir nicht mehr vertreten." (M/A)

„Früher hast du dir auch Gedanken gemacht. Wo ist das Kind? Aber heute muss ich Angst haben, dass das nicht mehr lebend nach Hause kommt. Und ich finde auch, diese Kriminalität und so weiter, also das steigt."

„Ich habe innerlich mehr Angst tatsächlich, dass wir Kriegsteilnehmer werden. Ich glaube auch nicht, dass wir uns großartig verteidigen könnten im Angriffsfall."

„Es kann nicht sein, dass die erst 2027 eine Möglichkeit haben, dass die Bundeswehr wieder so einigermaßen ausgerüstet ist. Dass aber auf der anderen Seite Millionen für Fahrradwege in Peru gegeben werden. Das beißt sich miteinander."

Soziale Absicherung als integrales Element eines modernen Staates. Aber Balance aus Fördern und Fordern wird oft als praxisfern, und das System als inflexibel erlebt.

Soziale Absicherung / Schutz vor Verarmung / Absicherung im Alter

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Soziale Absicherung wird als integraler Bestandteil eines modernen Sozialstaates erlebt, um existenzielle Risiken abzufedern und die Teilhabe an der demokratischen Gesellschaft zu gewährleisten. Dazu zählen Leistungen wie Altersvorsorge / Rente, Schutz vor Verarmung / Bürgergeld, aber auch spezifische Unterstützungsangebote wie Kindergeld, Elterngeld oder BAföG. Die grundlegende Idee eines sozialen Sicherheitsnetzes (sei es als emotionaler Sicherheitsgurt oder als ganz praktische Unterstützung) wird dabei breit geschätzt, da sie das Gefühl von Stabilität und Schutz vermittelt. Je nach politischer Grundhaltung zeigt der Diskurs allerdings divergierende Haltungen im Diskurs um die Rolle des Staates.
- **Rolle Staat**
  Der Staat wird als die zentrale Instanz sozialer Absicherung erlebt, da er Infrastruktur und Ressourcen für ein verbindliches und gemeinwohlorientiertes System bereitstellt und qua seiner Mittel die Einhaltung von Regeln und eine gerechte Verteilung durchsetzt. Je nach politischer Grundhaltung treten dabei unterschiedliche Perspektiven in den Vordergrund: Während auf der einen Seite Chancengleichheit, Teilhabe, Solidarität und Ausbau / erleichterter Zugang zu sozialen Leistungen besonders betont werden, liegt der Fokus auf der anderen Seite stärker auf bürgerlicher Eigenverantwortung und der konsequenten Durchsetzung von Regeln, um Missbrauch im Sinne einer „sozialen Hängematte" und ein abnehmendes Leistungsbewusstsein zu verhindern. Grundlegender Konsens besteht jedoch darin, dass soziale Absicherung eine Balance aus Fördern und Fordern erfordert, die Solidarität, Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Eigenverantwortung in Einklang bringt. Im Kontext Absicherung im Alter besteht Konsens hinsichtlich einer stärkeren Priorisierung staatlicher Absicherung, insbesondere im Abgleich mit weiteren Sozialleistungen (gerade im Kontext Migration oder Gewährung von Bürgergeld oft diskutiert).
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Die Wertschätzung des bestehenden Systems ist groß, insbesondere für spezifische Leistungen wie Kindergeld, BAföG oder konkrete Förderungen und Entlastungen, mit denen die Mehrheit der Befragten bereits selbst Erfahrungen gesammelt hat. Es wird jedoch auch Kritik laut, die sich vornehmlich auf die Balance aus Fördern und Fordern bezieht und, insb. von Kritikern, als aus dem Gleichgewicht geraten bzw. wenig an konkreten Lebensrealitäten ausgerichtet erlebt wird
  - **Ungleichgewicht zwischen Förderung und Forderung:** Während einige Bürger:innen die Kontrolle und Verbindlichkeit für Leistungsbezieher als unzureichend empfinden (insb. im Kontext Zuwanderung), sehen andere den Bedarf, Unterstützung gezielt auszuweiten, um soziale Ungleichheiten und damit soziale Spannungen zu verringern
  - **Ungleichgewicht zwischen Rente und weiteren Sozialleistungen:** Zunehmende Altersarmut, die nicht bekämpft wird, während Bürgergeld als z.T. zu hoch angesehen wird
  - **Zu pauschalisierend und zu wenig nachhaltig**: Die Befragten monieren, dass das System zu wenig Raum für Individualisierung und fallbasierte Entscheidungen biete, die an den vielfältigen Lebensentwürfen und Lebensrealitäten ausgerichtet werden (*„Man kann nicht mit Geld auf jedes Problem werfen."*)
  - **Mangel an Förderung von Eigeninitiative:** Das System wird darüber hinaus teilweise auch als zu wenig nachhaltig und zu starr erlebt, indem es eher auf kurzfristige und pauschale Entlastung als auf langfristige Befähigung abziele, was Eigenverantwortung und nachhaltige soziale Teilhabe erschwere (insb. im Kontext Fachkräfte diskutiert)
  - **Mangel an Innovativität:** Gerade im Kontext Renten wünschen sich manche mehr Fortschritt, wie beispielsweise Rentenfonds nach skandinavischem Vorbild

Soziale Absicherung: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ● ● Ganz und gar

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Jeder soll die Möglichkeit haben, in Würde zu leben und dass der Staat sich so um seine Mitbürger kümmert, dass jeder in der Lage ist, ein zufriedenstellendes Leben zu haben und hier in Ruhe und Frieden zu leben."

„Da, wo ein Mensch mittellos ist, da sollte es auf jeden Fall greifen. Wie lange das greift, das ist dann eine andere Frage und muss je nach Fall immer abgewogen werden."

„Also, bei Verarmung sehe ich teilweise auch die Bürger so ein bisschen selbst in der Pflicht, dass man da einfach eine gewisse Verantwortung sich und seinen Lieben gegenüber hat."

„Ja, also natürlich ist auch jeder Bürger auch ein bisschen selber dafür verantwortlich in die Rentenkasse einzuzahlen oder sich vielleicht nebenbei schon mal was anzusparen. Aber da hat halt nicht jeder die Möglichkeit zu. Und dann fände ich schon gut, wenn es irgendwie Fördergelder geben würde."

„Schwierig wird es, wenn soziale Adern ausgenutzt werden. Im Endeffekt müssen einfach gewisse Grenzen eingehalten werden, und wenn Gutmütigkeit oder in dem Fall Fürsorge missbraucht wird, dann sollte da auch ein Riegel vorgeschoben werden."

„Man sollte nicht zu selbstverständlich erwarten, dass der Staat hier eine soziale Hängematte einem bietet, sondern da darf er auch gerne fordern."

Positiv

„Ich empfinde das als großes Glück, hier in Deutschland geboren zu sein, weil wir noch immer ein relativ gut funktionierendes Sozialsystem in Deutschland haben. Und das finde ich schon sehr beruhigend."

„Ich hatte mehrfach das Glück, dass der Sozialstaat mir zur Seite stand. Ob das nun war bei Erkrankung, bis hin zur Rentenkasse, wenn es mal um eine Kur ging, dass man mal arbeitslos wurde. Dass man dann halt Arbeitslosengeld mal bekam oder dass man zum Beispiel auch BAföG erhalten hat."

„Ich weiß, wenn ich morgen meine Arbeit verliere, dann bekomme ich eine Unterstützung von dem Staat. Hier bin ich irgendwie sicher. Also ich habe keine Angst, wenn ich an morgen denke."

Negativ

„Bei meiner Oma, also die kriegt wirklich kaum Rente. Ohne meinen Opa würde die wahrscheinlich gar nicht über die Runden kommen. Die geht auch nebenbei noch arbeiten."

„Wir driften langsam in diese Richtung ab, dass wir zu sozial werden. Ich finde es gut, wenn jemand dabei unterstützt wird, Arbeit zu finden, aber nicht, wenn jemand Bonus bekommt, nur wenn er sich mal beworben hat. Die Leute merken, dass man sich auf den Staatsschultern ausruhen kann. Man versucht alles mit Geld zu erschlagen, auch die soziale Komponente."

„Ich habe hier viele Jahre eingezahlt, bin jetzt durch Krankheit auch in finanzielle Not gekommen, da ist keiner da, der mich auffängt vom Sozialstaat. Aber die Neubürger kriegen alles in den Hintern geschoben."

„Wenn ich mir ansehe, dass die Schweden vor zwei Jahrzehnten den Rentenfond aufgelegt haben und sehe, dass wir uns heute immer noch nicht einig sind, ob wir das Ding machen. Warum begreift das unser Staat nicht?"

„Das Rentensystem war mal gut, aber aufgrund des demografischen Wandels so nicht mehr umsetzbar. Der Staat sollte sich engagieren, dass man durch Arbeit, die man für den Staat und sich leistet, in der Lage ist, sich im Alter abzusichern."

Fachkräftemangel & Ökonomisierung gefährden patientenzentrierte Versorgung – der Staat als Garant für gerechte, bedarfsgerechte Versorgung bleibt gefordert.

Krankenversorgung & Pflege

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Krankenversorgung und Pflege werden als zentrale Elemente sozialer Absicherung und als Teil des „hohen Guts" Gesundheit verstanden. Der Status des „hohen Guts" drückt sich auch in der Vehemenz aus, mit der das Thema diskutiert wird; geht es den Befragten doch nicht nur um eine generelle körperliche Unversehrtheit, sondern auch um den gleichberechtigten Zugang zu einer notwendigen, aber adäquaten Versorgung. Grundlegend besteht die Erwartung, dass Gesundheitssysteme bedarfsorientiert und patientenzentriert ausgerichtet sein sollten, wobei der Staat den meisten als Garant für einen geregelten und fairen Zugang gilt. Gleichzeitig wächst aber auch die Sorge vor einer zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens, bei der Effizienz und Kostensenkung über die Bedürfnisse der Patienten gestellt werden. Insbesondere im Zuge eines erlebten Fachkräftemangels, der sich für die Befragten in längeren Wartezeiten oder einer sinkenden Versorgungsqualität ausdrückt, wird jedoch auch die Möglichkeit diskutiert, den privaten Sektor stärker einzubeziehen, um die Effizienz zu steigern, was jedoch gleichzeitig auch Ängste vor einer ungleichen Versorgung erzeugt.
- **Rolle Staat**
  Für die Mehrheit der Befragten gilt der Staat als unverzichtbar, um eine gleichberechtigte, bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung sicherzustellen und zu verhindern, dass der Zugang rein ökonomisch bedingt ist (wie es in den USA der Fall sei). Dabei wird erwartet, dass der Staat nicht nur als neutrale und regulierende Instanz agiert, sondern auch Herausforderungen wie dem Fachkräftemangel aktiv und visionär begegnet. Der Einbezug bzw. auch die Konsultation unternehmerischer Akteure wird dabei als Chance für mehr Effizienz und Versorgungsqualität gesehen, geht aber auch immer mit den Bedenken einher, dass der Staat in seiner Rolle als neutraler Anbieter von sozialer Sicherheit von wirtschaftlichen Interessen überlagert werden könnte.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Die Situation im Gesundheitswesen wird ambivalent wahrgenommen: Einerseits gilt die Grundversorgung als gesichert, jedoch werden auch Defizite diagnostiziert, die sich vornehmlich auf Fachkräftemangel, lange Wartezeiten und einen zunehmenden Effizienzdruck beziehen. Diese Entwicklungen werden insbesondere dann als problematisch erlebt, wenn sie zulasten einer bedarfsorientierten / patientenorientierten Versorgung oder eines gleichberechtigten Zugangs gehen. Dabei erwarten die Befragten vom Staat, dass er einerseits für ausreichend Fachkräfte sorgt und (ggf. auch unter Einbezug unternehmerischer Akteure) andererseits als neutral-steuernder Akteur eine Balance zwischen Effizienz und gerechter, patientenzentrierter Versorgung findet. Diese Herausforderungen gelten den Befragten als besonders gravierend, wenn der Schutz des „hohen Guts" Gesundheit oder der gerechte Zugang zu Gesundheitsversorgung bedroht ist.

Krankenversorgung & Pflege: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Ich verstehe, dass der Staat nicht Geld ohne Ende hat, aber er muss das Geld so einteilen, dass es in erster Linie dem Menschen zugutekommt und dann muss man halt anderes kürzen."

„Also dass eine ordentliche Versorgung gegeben ist für jeden, ohne dass er jetzt 200 Kilometer sich bewegen muss. Dass Menschen, die wirklich in Not sind, dass denen auch geholfen wird, dass wir nach wie vor ein Sozialstaat sind und bleiben."

„Unternehmen haben ja immer den Ehrgeiz möglichst auch Gewinn einzufahren. Ich finde, gerade was dem ganzen Gemeinwohl dient, darf nicht gewinnorientiert sein."

„Aufgabe des Staates wäre es eine Grundlage zu schaffen, aber nicht den Krankenhäusern so direkte Sachen aufzuerlegen, dass genau nach Punkt, Komma abgerechnet wird. Das sollte man lockerer sehen und die Krankenhäuser mehr mit einbeziehen in die Entscheidungen."

„Der Staat muss irgendwie versuchen, Menschen in bestimmte Bereiche zu bringen und dass sie sich da wohlfühlen. Faire Arbeitszeiten, bessere Bezahlung, Fachkräfte finden."

„Private Unternehmen können bestimmt unterstützen und Wartezeiten verkürzen. Aber nicht grenzenlos. Sonst würde so ein Wucher anfangen, dass da jeder seine eigenen Preise macht. Und ich will ja jetzt nicht wie beim Einkaufen in eine Werbung gucken: Wo ist das Fleisch am günstigsten?"

Positiv

„Unser Gesundheitssystem: Auch wenn es an vielen Dingen hapert und mangelt, bin ich froh, dass ich eine Krankenversicherungskarte habe und damit zum Arzt gehen kann, wenn es mir nicht gut geht."

„Eine ordentliche gesundheitliche Versorgung. Von Seiten der Ärzte, Krankenhäuser, Fachärzte. Vorsorge ist das Allerbeste, was einem Menschen passieren kann."

„Wenn man zum Beispiel mal einen Blick auf die USA wirft, Menschen hatten einen Autounfall, haben teilweise ein gebrochenes Bein und schreien dich an, bloß keinen Krankenwagen zu rufen, weil sie es nicht bezahlen können. So, und da bin ich dann doch recht froh, in Deutschland zu leben."

Negativ

„Wir haben ja ein gutes Sozialsystem durch Krankenkasse, Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung etc.. Aber im Verhältnis zu dem, was das Leben jetzt kostet und was die Krankenkassen alles nicht mehr leisten, das ist jetzt schlecht"

„Ich kenne jemanden, der bei einer Krankenkasse arbeitet. Und das Wissen darum, dass Krankenkassenmitarbeiter angehalten werden, Kosten flach zu halten und nicht unbedingt alles erzählen, was da gehen könnte."

„Das Gesundheitssystem wurde mehr oder weniger kaputtgespart, weil es wirtschaftlich oder privatisiert wurde. Da dürfte auch einfach die Gewinnmaximierung nicht im Vordergrund stehen."

„Eine Klinik, wo ich zweimal entbunden habe, und die super Belegung hat, schließt ihre Geburtsstation. Warum? Weil die nicht genug Kaiserschnitte machen und das nicht genug Geld in die Kassen spült."

„Wenn man schlimmer krank wird, dann hast du es hier gut. Wenn du aber hier einen Dermatologen brauchst, musst du sechs, sieben Monate im Voraus einen Termin ausmachen."

Bildung als Schlüssel zur Demokratie: Staatlicher Rahmen für Chancengleichheit, aber Fachkräftemangel und z.T. herausgeforderte Neutralität bilden Problemfelder.

Bildung, Erziehung & Forschung

Gar nicht ● ● ● ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Bildung wird von den Befragten breit definiert und umfasst für sie nicht nur formale / schulische Bildungseinrichtungen, sondern auch Kinderbetreuung, informelle und berufliche Bildungsprozesse wie Umschulungen und politische Bildung. Bildung gilt den Befragten dabei als fundamentaler Baustein eines demokratischen, aufgeklärten Staatswesens und gesellschaftlich-politischer Teilhabe und bildet, insbesondere im Verbund mit Forschung, die Grundlage eines modernen, aufgeklärten und zukunftsfähigen Staates. Dabei sind insbesondere der freie und gleichberechtigte Zugang zu Bildung sowie die Qualität von Bildungseinrichtungen von hoher Bedeutung und werden wertgeschätzt. Auf der anderen Seite werden auch Themen wie Ressourcen- und Lehrkräftemangel, aber auch systemische Überforderung im Kontext der Integration immer wieder hervorgehoben.
- **Rolle Staat**
  Die Befragten sehen die Rolle des Staates primär als die eines Rahmengebers, der Chancengleichheit und Zugang fördert und eine grundlegende Qualität (im Sinne von Ausstattung und Inhalten) sicherstellt bzw. subventioniert. Als neutrale Instanz sollte der Staat dabei den Balanceakt zwischen staatlicher Förderung, Vorgaben und Eigenverantwortung der Institutionen meistern. Im Kontext konkreter Inhalte oder auch eines Erziehungsauftrages wird ein weitestgehend neutraler, nicht ideologischer Ansatz bevorzugt (gerade Erziehung wird oftmals als „Privatsache" erlebt). Ein ebenso besonders stark wie ambivalent diskutiertes Themenfeld bildet die Integration. Während die einen den Staat hier als weitestgehend neutral-integrativen Mittler begreifen und Pluralismus als Bereicherung erleben, erwarten andere eine stärkere Vermittlung „westlicher Werte" und Lernerfolge als Voraussetzung für Förderungen. Im Rahmen der Forschung ist man sich weitestgehend einig: Dem Staat kommt die Aufgabe zu, Rahmenbedingungen für eine freie, unvoreingenommene Forschung sicherzustellen, diese aber zugleich durch Anreize zu stimulieren. Allianzen zwischen Wirtschaft und Wissenschaft werden dabei mitunter als befördernd und als Motor von Innovation erlebt, insofern eine grundlegende Unabhängigkeit gesichert bleibt.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Breites Bildungsangebot und freier Zugang werden geschätzt, ebenso die Fortschritte in der Digitalisierung. Kritisiert werden jedoch Defizite wie Fachkräftemangel, unzureichende Ausstattung (v.a. bei Kinderbetreuung und Schulen), marode Infrastruktur, fehlende Digital- und Medienkompetenz einiger Lehrkräfte und Überforderung (bzw. mangelnde Unterstützung) im Kontext Integration. Der Staat wird hier klar in der Verantwortung gesehen, evidenzbasierte Lösungen zu entwickeln, auch wenn pragmatische Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Akteuren nicht ausgeschlossen werden (solange Neutralität, Kostenfreiheit und Chancengleichheit des Bildungsangebots gewahrt bleiben). Erziehung und Forschung werden kontroverser diskutiert. In der Forschung werden Neutralität und Unabhängigkeit gefordert, um Verzerrungen durch ideologische oder politische Einflüsse zu vermeiden, wie sie von vereinzelten Befragten im Kontext der Corona-Pandemie wahrgenommen wurden. Im Bereich der Erziehung fordern Befragte eine neutrale Wertevermittlung, ohne ideologische Überformung (Ausnahme bilden vereinzelte Stimmen im Kontext Integration, für die eine Vermittlung westlicher Werte als zentral gilt). Während ältere Befragte der Gendersprache kritisch gegenüberstehen, sehen jüngere dies überwiegend als gesellschaftliche Realität und natürlichen Ausdruck von Pluralismus.

Bildung, Erziehung & Forschung: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ○ ○ Ganz und gar

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Bildung ist das Rückgrat! Wenn ich nur auf Lobbyverbände höre, mag das zwar einzelnen Unternehmen helfen. Aber ich erzeuge dadurch ein Klima des Neids."

„Bildung ist ja die Voraussetzung für das fortlaufende Leben und dann sollte das für jeden die gleiche Grundvoraussetzung sein."

„Bildung sollte im Mittelpunkt stehen. Denn was wir heute in Bildung investieren, das kommt uns später wirtschaftlich zugute. Und da tut der Staat eigentlich zu wenig."

„Ja, wie sollen wir sonst Teilhabe in der Gesellschaft entwickeln? Mir ist schon wichtig, dass der Staat da mitwirkt und unterstützt, weil es nachfolgend auch um Wirtschaft geht, was eben halt die Voraussetzung hier ist."

„Wenn das privat wäre, würde es vom Geldbeutel der Eltern abhängen."

„Also Lehrer, Professoren, die damit jeden Tag zu tun haben, dass die mehr einbezogenen werden. Nicht nur von oben bestimmen."

„Ich habe das Kind geboren, ich erziehe das Kind. Warum mischt Vater Staat sich ein und sagt: Wenn du das nicht machst, dann…"

„Eigentlich sollte der Staat sich aus solchen Dingen (Forschung, Wertevermittlung) heraushalten. Wir wollen ja eine freiheitliche demokratische Grundordnung und das bedeutet auch, dass man keine Denk- oder Sprachverbote initiieren sollte."

Positiv

„Ja, ich finde das schon ganz wichtig, dass wir städtische Schulen haben, auf die unsere Kinder gehen. Und dass Universitäten bezahlbar und zugänglich für alle sind. Und nicht, dass wir irgendwelche Schulgelder zahlen müssten."

„Bildung kann schon viel leisten und ist eine wichtige Voraussetzung. Zum Beispiel am Gymnasium nehme ich an, dass die Leute so gut aufgeklärt sind, dass da vor allem weniger Leute sind, die sagen, ja, blöde Ausländer, raus mit denen."

„Wir haben jetzt auch zum Beispiel iPad-Koffer bekommen. Ich merke, dass es auch in meiner Schule langsam weitergeht und jeder Raum nach und nach auch so eine digitale Tafel bekommt."

„Wenn ich jetzt an meine Studienzeit beispielsweise zurückdenke, dann habe ich auf jeden Fall auch profitieren können aufgrund dessen, dass ich halt BAföG beantragt hatte."

Negativ

„Was ich mir wünschen würde? Modernisierung der Schulen, gut ausgebildete Lehrer, auf die neue Migrations-Situation angepasste Lehrer mit zusätzlichen Integrationshelfern, kleinere Klassen, mehr Lehrer vor allen Dingen. Der Staat muss das Ganze lukrativ machen, damit auch Leute wieder mit Herzblut an die Sache herangehen und sich nicht aufreiben."

„Auch da bin ich kein Freund des föderalen Systems, sondern würde mir eher ein einheitliches System wünschen, um gleiche Chancen zu fördern und die Bürokratie zu entschlacken."

„In den Schulen sind die Klos verdreckt und es geht ziemlich drunter und drüber."

„Man beschäftigt sich mit dem Thema Gendern, aber nicht mit den ganz wichtigen Themen."

„Ich weiß nicht, ob die einfach wegschauen. Ich meine, da ist ja auch viel, was man immer wieder in den Medien hört, irgendwie von Schlägereien auf der Schule, bis, keine Ahnung, Polizeieinsätze, Krankenwagen. Das macht einem ja auch Angst. Also wenn man Geld hätte, würde ich meinen Sohn auf eine Privatschule schicken."

Flüchtlingspolitik gilt als Kernaufgabe des Staates, da sie viele Bereiche tangiert. Allerdings scheint der Staat hier seine Aufgaben unzureichend zu erfüllen.

Aufnahme und Integration von Flüchtlingen

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Migration und Integration gelten als zentrale aktuelle Themen. Einerseits herrscht überwiegend Verständnis für die Aufnahme von Menschen, die durch Krieg und Verfolgung bedroht sind und eine offene Migrationspolitik gilt als Ausdruck einer freiheitlichen Gesellschaft. Andererseits herrscht zugleich das Gefühl, dass die derzeitige Migrationspolitik nicht angemessen gesteuert wird und zu negativen Folgen in einer Vielzahl von Bereichen (Wirtschaft, Schulen, Wohnungsmarkt, Sicherheit etc.) führt, was wiederum in einer Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts mündet. Zudem wird moniert, dass nicht genügend zwischen (notwendiger) Arbeitsmigration von Fachkräften und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden wird.
- **Rolle Staat**
  Dem Staat wird eine entscheidende Rolle zugesprochen, da Migration / Integration unmittelbar mit den Themen Sicherheit und Kontrolle verbunden wird und nur der Staat durch den Schutz der Grenzen die Aufnahme von Flüchtlingen beeinflussen kann. Aufgrund der oben skizzierten, weitreichenden Folgen von Migration in vielen sozialen Bereichen, sieht man den Staat hier als einzigen Akteur, der umfassend steuern und moderieren kann.
  Anderen Akteuren wie Vereinen oder Unternehmen wird eine eher unterstützende Rolle bei der konkreten Integration (z.B. berufliche Integration) zugesprochen. Ferner wird aber auch an die Eigenverantwortung von Flüchtlingen appelliert, die der Staat durch das Angebot von entsprechenden Integrationsangeboten zu unterstützen habe.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Insgesamt wird die Regulierung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen als unzureichend durch den Staat angesehen (insb. im Kontext der Differenzierung von Kriegs- vs. Wirtschaftsflüchtlingen – wo nach Meinung einiger mit zweierlei Maß gemessen werden sollte). Vielfach wird von einem Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum berichtet; das staatliche Grundversprechen Sicherheit scheint zunehmend nicht erfüllt zu werden. In der Folge führe dies zu einer weiteren gesellschaftlichen und politischen Polarisierung sowie zur Verstärkung extremistischer Tendenzen und Meinungen. Darüber hinaus werden zunehmend im Alltag konkrete negative Erfahrungen mit Folgen ungesteuerter Migration gemacht, z.B. erschwerte Lernbedingungen in Schulen, Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche, z.T. religiöse Konflikte.
  Viele Befragte äußern den Wunsch nach einer stärkeren Regulierung der Migration, die bereits bei Grenzkontrollen beginnt. Darüber hinaus wünscht man sich eine ideologiefreie Debatte zu Folgen und Herausforderungen von Migration, wobei auch die Belange der einheimischen Bevölkerung stärker in den Fokus gerückt werden sollten. Dabei wird eine konsequentere Anwendung bestehender Gesetze gewünscht, um insbesondere gegen Straftäter vorzugehen und „falsche Toleranz" zu vermeiden. Gleichzeitig wird ein Ausbau von Integrationsangeboten gewünscht für Migranten, die tatsächlich von Verfolgung / Krieg bedroht sind und sich gesetzestreu verhalten. Integrationsunternehmungen sollten zudem weniger pauschalisierend und generalistisch sein, da sie oftmals an tatsächlichen Belangen und den Lebensrealitäten der Migrant:innen vorbeigingen. Durch eine stärkere Einzelfallbehandlung und eine lebensnahe Integration (jenseits einer „Migrationsblase") erhoffen sich einige auch positive Effekte für die Gewinnung von Fachkräften.

Integration von Flüchtlingen: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ○ ○ ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Ich fordere vom Staat, dass Leute, die wirklich Hilfe brauchen, auf jeden Fall die Möglichkeit haben, nach Deutschland zu kommen, aber wenn das wirklich Leute sind, die Leute mit Messern angreifen, dass man solche Leute im schlimmsten Fall dann wieder zurück in die Heimat abschiebt."

„Es ist verdammt nochmal die Aufgabe des Staates dafür zu sorgen, dass ich versuche, die Menschen, die hier Zuflucht suchen, so zu integrieren, dass sie Teil unserer Bevölkerung werden. Und nicht, dass die Bevölkerung durch das Verhalten so extrem aufgebracht wird, dass beide Gruppen aufeinander losgehen. Und dafür müsste der Staat eigentlich sorgen. Und dafür fehlt ihm leider Gottes wieder das Geld."

„Man kann die nicht nur aufnehmen. Man muss sich darum kümmern, dass sie Ausbildungen haben und was zu Deutschland beitragen."

„Ich meine, wenn man herkommt, darf man sich nicht nur auf den Staat verlassen. Man muss auch irgendwo selber nach Jobs suchen, mit denen man sich erst mal finanziert. Und dann vielleicht eine Ausbildung anfängt. Aber der Staat muss einem da auch entgegenkommen."

„Ja, also dass die erst einmal die Interessen von allen Menschen wahrnehmen, die in Deutschland leben. Auch vielleicht von Flüchtlingen, damit die mehr integriert werden, die es möchten. Aber auch, dass die mehr gegen Straftäter angehen."

Eher positiv

„Es ist zwar natürlich auch wichtig, dass man Menschen hilft. Aber andererseits ist es so, nicht jeder kann sich Flucht leisten. Das heißt, die Menschen, die geflüchtet sind, konnten sich das quasi leisten, blöd gesagt. Und die, die tatsächlich Schutz benötigen, die konnten sich Flucht nicht leisten, das heißt, die sind noch dort, die tatsächlich Flüchtlinge sein sollten."

„Ich bin auch dafür, dass wir Leute aufnehmen, denen es schlecht geht und alles so etwas. Aber ich bin halt dafür, dass wir Straftäter abschieben."

Negativ

„Ich finde, dass der Staat versagt hat, weil man irgendwie das Gefühl hat, dass der Staat nicht so richtig Kontrolle darüber gehabt hat, wer in dieses Land reinkommt oder nicht."

„Wir haben einen ganzen Überhang an jungen Männern hier reinbekommen und zum Beispiel Silvester vor vier Jahren in Köln. Dann hat sich vieles hochgeschaukelt, so die Fremdenfeindlichkeit."

„Flüchtlinge ist schon der falsche Begriff, weil es vielfach Wirtschaftsflüchtlinge sind. Also, es ist halt schwierig dieses Thema. Ich sehe auch eine soziale Not. Aber ich sehe halt auch, was zum Teil nach Deutschland kommt, das sind vielfach junge Männer. Ein Überschuss an jungen Männern sorgt dafür, dass eine Gesellschaft brüchiger wird. Das ist ja ein sozialer Sprengstoff."

„Die Sicherheit von Juden wie mir ist nicht mehr gegeben. Der Staat hat einfach viele Menschen reingelassen, die nicht nur uns Juden das Leben schwer machen, sondern generell auch den Deutschen vor allen Dingen das Leben schwer machen."

„Da so viele Leute aufgenommen wurden, konnte sich nicht um alle gekümmert werden. Nicht jedem konnte gute Bildung verschafft werden. Da hätte man lieber etwas weniger Menschen hier reingelassen und die dann besser gefördert. So wäre es, glaube ich, besser gelaufen. Vielleicht wäre auch dieser Rechtsruck dann nicht so extrem wie jetzt."

Staat als Rahmensetzer der Wirtschaft und Helfer in der Not, aber Stärke des gewünschten Engagements stark abhängig von politischer Einstellung.

Wirtschaftliche Entwicklung und Inflation

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Die wirtschaftliche Entwicklung bzw. Stärke Deutschlands wird an einer Vielzahl von Parametern festgemacht. Hier geht es nicht nur um Arbeitsplätze und Unternehmenserfolge, sondern v.a. auch um im Alltag spürbare Preissteigerungen, Infrastruktur sowie Bildung und generelle Leistungsbereitschaft als Fundamente für die künftige wirtschaftliche, gesellschaftliche und persönliche Entwicklung. Die aktuelle Wahrnehmung wird durch eine Vielzahl von negativen Entwicklungen geprägt, insbesondere durch Unternehmenskrisen (aktuell z.B. bei VW), marode Infrastruktur (z.B. Brücken, Bahn, Straßen) und Preissteigerungen – wenn auch hier ein gewisser Rückgang konstatiert wird – und ruft Besorgnis über die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands – verstärkt durch zunehmende Globalisierung – hervor. Ein weiterer Diskurs dreht sich um die Auswirkungen (erhöhter) Sozialleistungen (v.a. Bürgergeld) auf die Leistungsbereitschaft der Bevölkerung: Führen Sozialleistungen zu Minderung von Leistungsbereitschaft oder unterstützen diese den Weg aus der Arbeitslosigkeit?
- **Rolle Staat**
  Generell herrscht Konsens darüber, dass die soziale Marktwirtschaft als Grundlage zu bevorzugen ist und der Staat entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen hat. Bezüglich der Stärke des staatlichen Einflusses auf wirtschaftliche Belange gehen die Meinungen aber je nach politischer Präferenz stark auseinander:
  - Ein Teil der Befragten plädiert eher für einen wirtschaftsliberalen Kurs (freie Märkte, freies Unternehmertum, Leistungsprinzip, Eigenverantwortung) und verweist als mahnendes Gegenbeispiel auf die Planwirtschaft.
  - Ein anderer Teil plädiert eher für einen stärkeren Einfluss des Staates, um soziale Härten abzufedern und eine stärkere Chancengleichheit herzustellen.

  Überwiegende Einigkeit besteht darin, dass bei besonders negativen wirtschaftlichen Ereignissen wie massiven Preissteigerungen oder drohender Massenarbeitslosigkeit Interventionen des Staates zu begrüßen sind. Darüber hinaus sollte der Staat nicht zum Spielball von Lobbyisten oder Interessensgruppen werden.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Je nach politischer Einstellung der Befragten wird das derzeitige Engagement des Staates unterschiedlich beurteilt: Anhänger wirtschaftsliberaler Ideen wünschen sich eine stärkere Wettbewerbsorientierung, Privatisierung staatlicher Leistungen, Rückbau von Bürokratisierung (v.a. um Investitionen zu fördern), stärkere Einforderung des Leistungsprinzips von staatlichen Stellen und Bürgergeldempfängern. Dem stehen Meinungen gegenüber, die einen stärkeren Einfluss des Staates fordern, z.B. stärkere Unterstützung von sozial schwächeren Personen, Steuererhöhungen für Spitzenverdiener oder aktivere Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation.
  Von beiden Seiten wird konzediert, dass der Staat insbesondere bei der Inflationsbekämpfung und bei aktuell drohenden Unternehmenspleiten angemessen gehandelt hat und es wird gefordert, dass der Staat sich international für den Wirtschaftsstandort Deutschland einsetzen sollte.

Wirtschaftliche Entwicklung: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ● ● Ganz und gar

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Staat und Unternehmen – das muss Hand in Hand gehen, sonst wären wir nicht mehr in einer Demokratie, sondern im Kommunismus."

„Der Staat muss auch die Marktwirtschaft ein bisschen arbeiten lassen können. Und da muss ich die Leine locker lassen. Und immer, wenn wir die Sozis dran haben, klappt das nicht."

„Ich bin kein Freund von der Schuldenbremse. Die Welt ist nun mal klein geworden. Und wenn andere Länder das machen, warum soll Deutschland hier jetzt so den Kürzeren ziehen? Und dann einfach der Wirtschaft auch auf die Sprünge helfen."

„Der Staat kann erwarten, dass der Bürger arbeitet. Und somit dem Bruttosozialprodukt seinen Beitrag leistet. Und wer es nicht tut, der gehört nicht zur Gesellschaft. Ende."

„Die EZB kümmert sich um Inflation. Und wenn der Staat da auch noch eingreifen würde, wären wir in China. Wenn der Markt sich selber regeln kann, sollte man da bitte die Finger von lassen."

„Es sollte auf jeden Fall Richtlinien und Regularien geben, damit die Preise dann nicht so enorm in die Höhe steigen und sich Lebensmittel auch jeder leisten kann."

„Diese Firmen sollten unsere Steuergelder irgendwann zurückzahlen, weil sie es ja als Subvention erhalten. Aber ich denke, es wäre wünschenswert, wenn sie schon eine Unterstützung erhalten."

Positiv

„Gegen die Inflation ist gegengesteuert worden. Wir haben jetzt eine Inflation von 2%. Aber die war letztes Jahr auf 7 oder 8%."

„Ich finde es gut, dass man Unternehmen mit Fördergeldern unterstützt, wenn sie insolvenzbedroht sind oder, was die letzten Jahre auch ganz gut funktioniert hat, dass man sich nicht so abhängig von anderen Ländern macht."

„Ist jetzt ja auch mit VW so. Ich habe das nur überflogen, dass der Staat da jetzt einspringt. Da muss der Staat schon gucken, weil da hängen viele Arbeitsplätze dran. Und VW ist auch ein Konzern, der wichtig ist fürs ganze Land."

Negativ

„Die Wirtschaft ist nicht erst seit zwei Jahren auf dem absteigenden Ast, sondern das hat sich vorher schon angekündigt. Auch die Schulen sind nicht erst seit gestern marode. Die gesamte Infrastruktur, Straßen, das ist über Jahre lang nicht so gepflegt worden, wie es eigentlich hätte sein müssen, was aber dringend hätte investiert werden müssen."

„Das Arbeitsamt ist zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Es gibt kein wirklich gutes Anreizsystem in Deutschland. In England hat man diese liberale Arbeitsagentur aufgebaut. Der Arbeitsvermittler wird danach bezahlt, wenn er einen Job vermittelt."

„Die Lebensmittelpreise explodieren, aber mein Einkommen bleibt gleich. Eine Katastrophe!"

„Da gibt es Leute, die Bürgergeld beziehen. Die bringen ihr Kind in den Kindergarten und hauen sich danach ins Bett, anstatt arbeiten zu gehen."

Corona gilt als Präzedenzfall für die Notwendigkeit staatlicher Hilfe, aber auch das Aufdecken von staatlichen Defiziten und noch nicht erfolgter Aufarbeitung.

Schutz vor Seuchen / Epidemien

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Dieser Bereich wird stark durch die Erfahrungen der Corona-Pandemie geprägt: Hier stehen sich der Wunsch nach umfassendem staatlichem Gesundheitsschutz auf der einen Seite und der Wunsch nach mehr individueller Entscheidungsfreiheit auf der anderen Seite gegenüber. Die damals z.T. erlebte Polarisierung wirkt aus Sicht mancher Befragten noch nach und befördere im Zuge weiterer Ereignisse (v.a. Migration, Ukraine-Krieg, Inflation) eine zunehmende gesellschaftliche Spaltung. Weitere Diskursaspekte beziehen sich auf Defizite im Gesundheitswesen (z.B. Digitalisierung), die durch Corona offenbar wurden sowie auf (wissenschaftliche, technische und politische) Schlussfolgerungen aus der Corona-Pandemie, die bis dato noch nicht ausreichend gezogen wurden, um gegebenenfalls bei nachfolgenden Pandemien optimiert handeln zu können.
- **Rolle Staat**
  Aufgrund des engen Bezugs zu gesamtgesellschaftlicher Sicherheit und Gesundheit wird dem Staat eine zentrale Rolle zugestanden und starker Einfluss erwartet. Wegen der potenziellen Schwere von Eingriffen in die persönliche Lebensführung sollte der Staat aber wissenschaftliche Erkenntnisse / Expertise und individuelle Freiheitsrechte / individuelle Eigenverantwortung für die Gesundheit berücksichtigen, auch wenn zugestanden wird, dass hier ein präzises Austarieren sehr komplex sein kann. Dem Staat obliegt ferner die Aufgabe, einzelne staatliche Stellen (z.B. Gesundheitsämter, Krankenkassen) zu koordinieren und Interessen auszubalancieren.
  Neben dem Staat wird hier Forschungseinrichtungen und privaten (Pharma-)Unternehmen aufgrund ihrer Sachkompetenz eine zentrale Rolle zugeschrieben, sofern diese nicht im Eigeninteresse oder ideologisch motiviert handeln. Im Zentrum des Agierens sollte dabei stets ein neutrales, gemeinwohlorientiertes Interesse nach demokratischem Verständnis stehen.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Ausgehend von den Erfahrungen der Corona-Pandemie wird zwar allgemein zugestanden, dass diese neuartige Situation auf allen Seiten mit gewisser Überforderung einherging.
  Im Detail wird das damalige Handeln des Staates aber ambivalent betrachtet: Einerseits wird das tendenziell konsequente Vorgehen (Ausgangssperren, Maskenpflicht u.ä.) sowie das Bemühen um schnelle Beschaffung von Impfstoff geschätzt, andererseits wird das damalige Handeln als zu einschneidend im Privatbereich gewertet.
  Überwiegend wird kritisiert, dass manche konkreten Prozesse (z.B. Einladungen zu Impfterminen) eher provisorisch statt modern angegangen wurden und dass insbesondere nach der Corona-Pandemie keine Aufarbeitung erfolgt ist. Hier wünscht man sich eine evidenzbasierte Anpassung und Modernisierung der konkreten künftigen Maßnahmen und Prozesse, aber auch eine Debatte über die gesellschaftlichen Nachwirkungen der Pandemie. Im Zentrum soll dabei das Lernen stehen, um zukünftig stärker bedarfsorientiert handeln zu können.
  Damit verbindet die Mehrheit der Befragten wiederum die Idee eines flexiblen und lernfähigen Staates.

Schutz vor Seuchen / Epidemien: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Also ich finde, der Staat sollte sich da einmischen, wenn wirklich eine lebensbedrohliche Situation entsteht."

„Im Falle einer Epidemie vielleicht besser organisieren, Flexibilität zeigen und auch sehr schnell reagieren. Und auch irgendwie professionell, also leider Gottes haben wir da erlebt, dass wir da ein bisschen unprofessionell vorgegangen sind."

„Wenn sowas passiert wie bei Corona, da muss auch logischerweise unter Hilfenahme der entsprechenden Professoren oder Fachleute der Staat das regeln. Das geht nicht anders. Wer will es sonst machen?"

„Wenn der Staat nichts macht, haben wir eine Durchseuchung ohne Ende."

„Der Staat sollte lernen! In Dänemark gibt es die elektronische Patientenakte und die wussten, wie alt die Menschen sind. Dann haben sie die einzeln in Alterskohorten angeschrieben, jeweils mit ihrem eigenen Hausarzt wurde ein Termin vereinbart, wo es eine Spritze mit Corona-Schutzimpfung gab."

„Wo es dann aufhört, ist, dass sie die Menschen nicht zwingen können, diesen Impfstoff zu nehmen. Oder zwingen können, eine Maske zu tragen. Natürlich ist es das Schlauste, was man tun kann. Aber man kann halt Menschen dazu einfach nicht zwingen."

Positiv

„Also diese Bekämpfung von Corona war schon gut. Und auch das Suchen nach einem Impfstoff. Mir ging es da nur darum, dass dieser Impfstoff teilweise indirekt aufgezwungen wurde. Also ich kenne Leute, die wollten sich eigentlich nicht impfen lassen, mussten es aber tun, weil sie sonst ihren Beruf nicht hätten ausüben können. Und da finde ich es halt irgendwo ein bisschen schwierig. Aber sonst so für den Schutz finde ich es auf jeden Fall wichtig, dass der Staat sich einmischt."

„In der allgemeinen Breite ist die Meinung, der Staat hat viel zu stark reagiert, viel zu stark diktiert, deswegen reden ja dann auch manche von DDR und diktatorischen Zielen. Da denke ich so, wie kommt ihr darauf? Das ist total hohl. Wir leben immer noch in einer Demokratie!"

Negativ

„Corona war ja der erste große Spaltpilz seit langer Zeit. Und da sind halt sehr unterschiedliche, teilweise auch kontroverse Meinungen auseinandergekommen und dann sind ja auch durchaus Freundschaften zerbrochen."

„Bei uns hat man Menschen angeschrieben nach ihrem Vornamen, weil man nicht wusste, wie alt die Menschen sind. Da haben Menschen, die fünf Jahre alt waren, eine Corona-Schutzimpfung-Empfehlung per Brief bekommen, weil sie Florian hießen und ihr Name altmodisch klang."

„Das ist ja alles richtig geregelt. Da gibt es ja dieses Seuchengesetz oder wie das heißt. Bloß wie der Staat dem Bürger das dann gesagt hat, wir müssen uns jetzt soundso verhalten, das hat mir ein bisschen Angst gemacht."

„Negativ war, dass gesagt wurde, es wird keine Impfpflicht geben, aber ganz ungeimpft konnte man dann trotzdem nichts machen. Also ich konnte nicht ins Fitnessstudio damals gehen."

Das Thema Klimawandel wird kontrovers diskutiert. Die erwartete Rolle des Staates wird stark durch die eigene politische Einstellung geprägt.

Klimawandel

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Klimawandel wird nicht nur unter ökologischen, sondern auch stark unter ökonomischen und lebensstilbezogenen Gesichtspunkten diskutiert. Hier spielt für die Befragten v.a. die Energiewende eine Rolle, wofür insbesondere das Heizungsgesetz, z.T. aber auch E-Mobilität, steht. Der Diskurs wird von den Befragten als zunehmend ideologisch aufgeladen und z.T. aggressiv beschrieben, wobei die Sachebene immer mehr in den Hintergrund zu rücken scheint, was angesichts der Größe der Herausforderung – negative Folgen des Klimawandels werden überwiegend nicht angezweifelt – nicht angemessen erscheint. Aufgrund dieser eher enervierenden Diskurstonalität und da Folgen des Klimawandels z.T. nicht unmittelbar erlebt werden (Gegenbeispiele wie die Überflutung im Ahrtal werden aber sehr wohl genannt), lenken einige Befragte ihre Aufmerksamkeit auf eher unmittelbar erlebte Herausforderungen wie z.B. Preissteigerungen oder innere Sicherheit.
- **Rolle Staat**
  Die Erwartungen an den Staat ergeben sich stark aus der eigenen politischen Einstellung zum Thema Klima- und Umweltschutz sowie zu energiepolitischen (v.a. pro / contra Atomstrom & grüne Energie), wirtschaftspolitischen (marktliberale vs. staatsinterventionistische) und lebensstilbezogenen (z.B. Konsumverhalten) Einstellungen, so dass entweder ein starker oder eher schwacher staatlicher Einfluss gefordert wird.
  Da Klimawandel eine weltweite Herausforderung darstellt, wird bei diesem Thema auch stark der Einsatz anderer Staaten sowie von Unternehmen (z.B. Umstellung auf klimafreundliche Produktion) und Eigenverantwortung (z.B. Anpassung von Konsumverhalten) gefordert.
  Bei eher national steuerbaren und unmittelbar erlebbaren Themen wie Katastrophenschutz wird insgesamt eine starke Rolle des Staates gefordert, da hier das staatliche Kernversprechen der Sicherheit der Bevölkerung berührt wird.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Im Vergleich zu anderen in dieser Studie diskutierten Bereichen wird vielfach kritisiert, dass der Staat beim Thema Klimawandel derzeit eine eher ideologische Rolle einnehme und die erwartete Rolle als neutrale / pragmatische Instanz nicht erfülle. Insbesondere im Kontext des Heizungsgesetzes wurde der Staat z.T. als übergriffig, bezogen auf die eigene Privatsphäre, erlebt, teilweise auch im Kontext E-Mobilität. Hier wünscht man sich eine deutlich pragmatischere Ausrichtung. Ansonsten wird je nach oben skizzierter politischer Grundhaltung das Engagement des Staates als zu schwach (Wunsch nach stärkerer Klimapolitik) oder als zu stark (Eingriff in Wirtschaft und Privatsphäre) erlebt. Hier besteht der Wunsch nach einem flexibleren Vorgehen, indem Ziele und Güter (v.a. Klimaschutz vs. wirtschaftliche Prosperität) abgewogen werden und eine stärkere internationale Kooperation angestrebt wird.

Klimawandel: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ● ● Ganz und gar

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Wenn der Staat hier übertreiben würde, dann müssten einige Unternehmen viele Investitionen tätigen, sodass sie vielleicht Existenzprobleme haben könnten. Da muss man ein bisschen flexibel sein: Klimaschutz ist wichtig, aber Unternehmen auch."

„Fände ich persönlich schwierig, wenn der Staat sich mehr einbrächte. Ich glaube, dass gerade die Grünen sehr groß drin sind, sehr ideologisch zu handeln, und ich finde Ideologie hat in einer Politik nichts zu suchen. Da muss man pragmatisch agieren."

„Es ist auch wieder eine zweischneidige Sache. Deutschland kann sich auf den Kopf stellen und mit den Beinen wackeln und da Windkraftanlagen und was weiß ich nicht, grünen Strom erzeugen aber was passiert in mindestens 60, 70% der Welt? Wenn die da alles verpesten oder ihren Murks da ins Meer kippen?"

„Bei Hochwasserschutz ist es eine wichtige Aufgabe aus der Vergangenheit zu lernen, um das eigene Land vor solchen Klimaextremen oder eben Wetterextremen zu schützen."

„Klimawandel ist ja nicht nur in Deutschland ein Problem, sondern weltweit. Und da ist es aber nicht so, dass nur der Staat dafür sorgen muss. Ich finde, da müssen auch Unternehmen viel umweltbewusster handeln."

Positiv

„Ich als Grün-Wähler muss das oder will das auch, dass der Staat sich da einbringt!"

„Mittlerweile bin ich auch eher Hardliner und sage: Alles, was wir jetzt nicht investieren in eine gesündere Zukunft, zahlen wir an Schäden, was Versicherungen nicht übernehmen werden. Weil so was wie das Ahrtal ist halt nur ein kleiner Vorgeschmack."

„Das geht jeden was an, muss man angehen."

Negativ

„Von mir aus dürfen das Menschen privat gerne angehen, wenn sie meinen, dass das ein wichtiges Thema für sie persönlich ist. Ich persönlich habe für mich entschieden, dass es für mich kein Thema ist."

„Man kann nicht von heute auf morgen was beschließen, die Leute sollen es umsetzen. Bei mir geht eine Wärmepumpe gar nicht, vom Haus her, von der Konstruktion her. Oder wenn, dann müsste ich abreißen und neu aufbauen. Wer macht das schon?"

„Die Atomkraftwerke abzuschalten, das war Quatsch. Wir sind noch gar nicht so weit mit den erneuerbaren Energien."

„Mit diesen ganzen Vorschriften treiben wir die Firmen in die Armut."

„Klar, ist ein Punkt, den man machen, kann, aber ich finde, da gibt es erst mal in erster Linie wichtigere Dinge, die man angehen sollte, z.B. soziale Absicherung."

„Klar, ist eine gute Sache und muss angegangen werden, aber die Zeit und Energie könnte man auch besser nutzen."

Sozialer Zusammenhalt erodiert: Fehlende staatliche Koordination gefährdet demokratisch-integrativen Rahmen, aber Zivilgesellschaft stiftet Identität.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Gar nicht ● ● ○ ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird von den Befragten als zunehmend fragil wahrgenommen, geprägt durch Spannungen und Polarisierungen in politischen Überzeugungen, sozialen Werten und kulturellen Identitäten. Migration, Diversität und der Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten stehen dabei exemplarisch im Zentrum der Debatten. Während kulturelle Pluralität von einigen als wertvolle Ressource für eine dynamische Gesellschaft angesehen wird, diagnostizieren andere eine Überforderung sozialer und staatlicher Institutionen sowie eine Zunahme von Konflikten. Insbesondere das staatliche Handeln während der Covid-Pandemie wird von vielen als verstärkender Faktor für gesellschaftliche Spaltungen gesehen, da es sowohl den sozialen Diskurs als auch das Vertrauen in politische Strukturen und staatliche Handlungsträgerschaft belastet habe.
  Gleichzeitig wird aber auch die Bedeutung von Familie, lokalen Netzwerken, Freunden, zivilgesellschaftlichen Akteuren oder auch Vereinen, als stabilisierende Elemente hervorgehoben, aus denen viele Solidarität und Identität schöpfen und die als funktionierende Säulen eines gesellschaftlichen Zusammenhalts fungieren können.
- **Rolle Staat**
  Der Staat wird von den Befragten vor allem in einer fördernden und rahmensetzenden Funktion wahrgenommen. Seine Aufgabe bestehe darin, grundlegende Bedingungen für ein funktionierendes Gemeinwesen zu schaffen, insbesondere durch die Gewährleistung von Sicherheit, sozialer Absicherung und einer stabilen demokratischen Grundordnung. Dabei werden die Vermittlung demokratischer Prinzipien, das Grundgesetz und die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements als wichtige Bereiche genannt, in denen der Staat aktiv unterstützen sollte. Allerdings stoßen weitergehende Eingriffe, insbesondere in kulturelle oder wertebezogene Belange, auf Ablehnung. Diese Aufgaben werden eher als Verantwortung der Gesellschaft, von Vereinen oder privaten Netzwerken gesehen, während der Staat sich in diesen Bereichen auf die Wahrung von Grundrechten und Neutralität beschränken sollte (Ausnahme bildet für einige wenige Befragte die Vermittlung „westlicher Werte" im Kontext der Integrationsdebatte).
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Während lokale Initiativen, insbesondere Vereine und Netzwerke und Familie/Freunde, als wertvoll für den gesellschaftlichen Zusammenhalt anerkannt werden, werden der Staat und insbesondere die aktuelle Bundesregierung mehrheitlich als unkoordiniert, intransparent, wenig nachhaltig und tlw. als übergriffig (insb. während Covid) in ihren Entscheidungen wahrgenommen. Gerade in zentralen Bereichen wie Sicherheit, Integration und Bildung, die als fundamentale Leitplanken für den gesellschaftlichen Zusammenhalt betrachtet werden, wird die derzeitige Umsetzung von vielen als unzureichend und verbesserungswürdig wahrgenommen. Wenn diese Leitplanken im Sinne eines funktionierenden Fundaments jedoch nicht konsequent und nachhaltig gestärkt werden, untergräbt dies in der Wahrnehmung der Befragten den sozialen Zusammenhalt und erschwert das Entstehen einer resilienten und inklusiven Gesellschaft. Darüber hinaus werden auch Stimmen laut, die der Bundesregierung vorwerfen, ihrer Vorbildfunktion nicht nachzukommen, sondern selbst mit (inneren) Konflikten beschäftigt zu sein, was eine ursprüngliche Idee von Einigkeit und Stabilität weiter unterminiert.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ○ ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Also, der Staat sollte zumindest ein gewisses Grundgerüst aufrechterhalten. Wie dann nachher Fleisch an den Knochen kommt, das kann man ja dann noch entscheiden. Aber dieses Grundgerüst sollte schon sehr stabil sein."

„Naja, wir leben hier, das ist unser Zuhause. Wenn ich da im Dreck lebe, ist nicht mein Vermieter schuld. Wenn ich es da wunderschön habe, ist es auch nicht seine Leistung. Es ist meine Leistung. Da haben nicht ein paar Politiker mit Berührung. Sondern wir alle. Und wir sind dafür verantwortlich. Und die müssen uns aber wiederum lenken, unterstützen."

„Das ist halt auch wieder so ein Hand in Hand. Dass es schon Aufgabe des Staates ist, sich darum zu kümmern. Aber dass er vielleicht nichts mehr machen kann, so praktisch, weil es eben teilweise auch einfach auf die Persönlichkeiten und die verschiedenen Meinungen der Bürger ankommt."

„Ich finde auch Experten aus ganz verschiedenen Richtungen sollen da wirklich so beratende Gremien für die Regierung bilden. Und da würde ich jetzt zum Beispiel auch also niemanden ausklammern, auch vielleicht, keine Ahnung, die verschiedenen Religionsgemeinschaften oder Psychologen natürlich."

„Also eine Tendenz zum Überwachungsstaat, dass der das irgendwie kontrollieren muss, das kann ja nicht gut sein."

„Also wir sind dafür verantwortlich, wir müssen uns überlegen, wie wir miteinander auskommen, wie wir miteinander umgehen. Und die Politiker, die müssen uns dabei unterstützen, uns lenken, verwalten. Aber für die Stimmung sind wir verantwortlich."

„Das ist eigentlich so eine typische Aufgabe der Polis selbst, also des Bürgers, wie man im griechischen Ideal sagen würde." (H)

Positiv

„Man kann schon Vereine unterstützen, die sich auch speziell um diese Themen kümmern. Integration beispielsweise oder so."

„Ja, den Zusammenhalt habe ich doch selbst. In der Regel sorge ich doch für meinen Freundeskreis, in der Gesellschaft, im Betriebsbereich. Und wenn ich irgendwo helfe im Jugendbereich, irgendwie jemandem, das ist doch Gesellschaft."

Negativ

„Eigentlich finde ich schon, dass das die Aufgabe vom Staat ist, wenn nicht sogar die größte. Aber man merkt, dass es halt einfach nicht klappt, weil der Staat sich selber nicht einig ist."

„Und das hat auch wieder mit der inneren Sicherheit zu tun, dass die Gemeinschaft sich einfach nicht zu stark spaltet. Es gibt immer unterschiedliche Meinungen. Aber dass es halt nicht zu irgendeiner Sicherheitsgefährdung kommt, weil man sich Sorgen machen muss, dass seine Meinung wirklich so wenig akzeptiert wird, dass man sich eben nicht mehr sicher fühlen kann."

„Der Staat bringt sich vielleicht eher ein bisschen negativ ein, weil man den Eindruck hat, dass das, bedingt durch die Asylpolitik, nicht mehr so richtig steuerbar ist."

„Naja, das muss ja irgendwie geregelt werden, aber wenn man es dann mit Regeln wie bei Covid zu tun hat, die man nicht so mag, ist das nicht so schön."

„Bessere Bildung wäre schonmal ein Fortschritt. Aber eigentlich liegt es vielleicht an der zu wenigen Empathie von vielen Menschen."

„Überall herrscht für mich im Moment Krieg, so empfinde ich dieses Klima. Auf dem Amt steht die Security. Auf der Straße wird überall gehupt. Oder wenn ich im Fernsehen eine Bundestagssitzung sehe."

Wohnungsbau von zahlreichen Herausforderungen geprägt. Erwünschte Stärke des staatlichen Engagements abhängig von politischer Einstellung.

Wohnungsbau

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Die Wahrnehmung des Bereichs Wohnen ist von zahlreichen Herausforderungen geprägt: Das Angebot an Wohnungen allgemein und von bezahlbarem Wohnraum speziell scheint sich, insbesondere in Städten, zunehmend zu verknappen. Ursächlich seien dafür u.a. nicht ausreichende Neubauten und u.a. eine migrationsbedingte zunehmende Bevölkerungszahl, auf die nicht reagiert wurde. Mietpreise und Nebenkosten (v.a. Energiekosten) scheinen stark zu steigen, so dass ein Konkurrieren um bezahlbaren Wohnraum z.T. zu Spannungen unter der Bevölkerung führe. Gleichzeitig wird berichtet, dass z.T. einerseits Wohnungen einen immer schlechteren Zustand aufweisen, andererseits umweltbezogene Sanierungsauflagen stets zunehmen und so Neubauten und Sanierungen behindern. Hinzukommen uneinheitliche landesspezifische Bauvorschriften, die als bürokratisch und Investitionen verhindernd betrachtet werden.
- **Rolle Staat**
  Aufgrund der zunehmenden Wohnungsknappheit und der steigenden Kosten wird ein stärkeres Engagement des Staates als Bauherr von Sozialwohnungen und Preiswächter verlangt, auch vor dem Hintergrund, sozialen Frieden zu bewahren. Doch prallen auch hier wirtschaftsliberale und staatsinterventionistische Ansichten aufeinander:
  - Die marktliberale Position verweist auf die Überlegenheit (Effizienz, passgenaue Bedienung der Nachfrage, Kostenbewusstsein) des privatwirtschaftlichen Wohnungsbaus sowie auf eine gescheiterte staatliche Wohnbaupolitik, z.B. in der DDR.
  - Die staatsinterventionistische Position verweist auf die Abfederung sozialer Härten durch staatliche Mietpreisregeln und eine aktive Baupolitik, um dem Grundbedürfnis nach menschenwürdiger Unterkunft nachzukommen. Ferner könnten umwelt- und energiepolitische Ziele durch den Staat stringenter verfolgt werden. Die Überlegenheit der Privatwirtschaft wird z.T. mit Verweis auf negative Privatisierungsfolgen (steigende Mieten, verfallende Wohnungen) in Abrede gestellt.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Die Leistung des Staates wird ambivalent beurteilt: Einerseits wird das Einführen der Mietpreisbremse meist positiv wahrgenommen, genauso wie die Ankündigung des jährlichen Neubauprogramms von 400.000 Wohnungen. Andererseits scheint die Mietpreisbremse nicht umfassend zu greifen, Neubauziele wurden nicht erreicht und zusätzlich wurden neue Schwierigkeiten über energiepolitische Maßnahmen (v.a. Heizungsgesetz) und die weiterhin nicht regulierte Migration geschaffen.
  Marktliberale Anhänger fordern daher Entbürokratisierung, Zurückfahren der Mietpreisbremse sowie Revision energiepolitischer Vorschriften, um private Wohnungsbauinitiativen zu fördern. Staatsinterventionistische Anhänger fordern ein stärkeres staatliches Bauprogramm für Sozialwohnungen und Deckelung von Mieten.
  Einigkeit besteht darin, dass das Baurecht entschlackt werden soll und die zunehmende Konkurrenz um Wohnraum zwischen einheimischer und migrantischer Bevölkerung durch den Staat stärker in den Fokus der politischen Aufmerksamkeit gerückt werden sollte.

Wohnungsbau: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ● ● Ganz und gar

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Wohnen ist ein Grundrecht. Ich muss den Menschen doch eine Lebensgrundlage ermöglichen!"

„Aus dem Wohnungsbau soll sich der Staat eigentlich raushalten. Er soll aber zum Beispiel gute Anreize schaffen, aber nicht selber Wohnungen bauen, das ist ja völliger Irrwitz! Das funktioniert nicht. Wir sind ja nicht im Sozialismus."

„Ich bin ja tendenziell dafür, dass sich der Staat raushält, aber wenn ich gerne in München wohnen bleiben will und es gibt aber fast keine Möglichkeit, dann will ich wieder, dass er sich mehr einmischt."

„Vielleicht ein bisschen weniger einmischen im Wohnungsbau, dass da nicht so strenge Vorgaben sind oder beziehungsweise die Vorgaben eingehalten sind, die bisher waren. Mit einem Neubau kann man mit dem neuen Klimaschutz ja Vorschriften machen, aber nicht bei einer bestehenden Wohnung."

„Ich meine, die letzten Jahre sind ja auch viele Leute aus der Ukraine gekommen und das hat sich aber auf jeden Fall auf dem Wohnungsmarkt bemerkbar gemacht. Es ist schon echt schwer, eine Wohnung zu finden. Deswegen würde ich das ganz gut finden, wenn der Staat da irgendwie Projekte fördern würde."

„Es sollte eine wesentlich umfangreichere staatliche Sache sein. Aber wahrscheinlich total schwer umsetzbar, den Bauunternehmen auf die Finger zu klopfen."

Positiv

„Naja, es gibt die Mietpreisbremse, von der ich gehört habe, dann auch Modelle, dass es eben auch preiswerte Wohnungen gibt für Leute, die eben nicht so viel verdienen. Aber ich glaube, dass es nicht wirklich greift irgendwie. Also dass es ein bisschen verpufft ist!"

Negativ

„Ich weiß gar nicht, ob die gar kein Interesse mit dem Wohnungsmarkt haben oder das einfach nicht sehen wollen. Ja und das macht natürlich auch Unruhen zwischen den Bevölkerungsschichten oder auch den Nationalitäten."

„Ich meine die ganzen großen Wohnungsgesellschaften, die machen schon Schmu, sage ich jetzt mal. Also von irgendwelchen tausend Mahnungen und Rechnungen, die eigentlich nicht existieren, Rohrbrüchen, ohne Strom, ohne Heizung."

„Ich laufe jeden Tag an einem wunderschön neu gebauten Haus vorbei für Flüchtlinge. Es ist ja nicht, dass ich was dagegen habe, wenn die das wirklich brauchen und das vernünftige Menschen sind, ist es in Ordnung. Aber wir haben selber das Problem, also ich gehe arbeiten, ich zahle Steuern. Und ich habe keine Chance für meine Mama eine Wohnung zu finden."

„Mietpreisbremse ist auch so ein Ding, weil selbst wenn die Wohnungen existieren, du kannst die gar nicht bezahlen."

„Das ist lächerlich, das ist ein Witz, was die Ministerin da süffisant da immer raus ruft, ja, 400.000 Wohnungen. Das haut hinten und vorne nicht hin."

„Ja, sozialer Wohnungsbau ist so stark zurückgefahren worden. Ich sag mal, das ist ja auch so ein Teil, warum die gerade in den Städten diese hohen Mieten nehmen können, weil es keine Alternativen gibt."

Verkehrsinfrastruktur unterstützt wirtschaftliche und soziale Mobilität, gilt aber als zunehmend im Verfall begriffen.

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Eine gut funktionierende Infrastruktur gilt als Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft. Darüber hinaus wird auch eine soziale Dimension gesehen: (Öffentliche) Verkehrsinfrastruktur ermöglicht Mobilität und somit auch Teilhabe am Sozialleben. Der Zustand der Verkehrsinfrastruktur wird derzeit mit Sorge betrachtet. Hier wird insbesondere der zunehmend schlechtere Zustand der Bahn (Verspätungen, Streckensperrungen u.ä.) und der Straßen (insbesondere marode Brücken) angeführt. In Konsequenz werden negative Folgen für die Wirtschaft befürchtet, z.T. sieht man aber auch die ökologische Verkehrswende (Verlagerung des Verkehrs von der Straße auf die Schiene) gefährdet.
- **Rolle Staat**
  Aufgrund der großen wirtschaftlichen Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur und der Notwendigkeit einheitlicher Verkehrsregeln gilt dieser Bereich auch als staatliche Aufgabe, die allerdings nicht ohne die Fachkenntnisse privater Unternehmen bewältigt werden kann. Je nach wirtschaftspolitischer Grundeinstellung treffen aber auch in diesem Bereich divergierende Meinungen aufeinander:
  - Wirtschaftsliberale Meinungen fordern ein stärkeres Einbinden privater Unternehmen sowie zum Teil Privatisierungen, um ein höheres Maß an Kompetenz und Effizienz zu erreichen.
  - Staatsinterventionistische Meinungen fordern eine stärkere Rolle des Staates, insbesondere aus sozialen Gründen, um ÖPNV bezahlbar zu halten, aber auch um die ökologische Verkehrswende vorantreiben zu können.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Die im Alltag oft sichtbaren Verschlechterungen der Verkehrsinfrastruktur gelten als augenfälliger Ausweis unzulänglichen staatlichen Handelns, die auf das allgemeine Gefühl mangelnder Modernität des Staates einzahlen. Hier wünscht man sich konsequentere staatliche Investitionen und das Ausloten neuer Chancen in Kooperation mit privaten Unternehmen – solange auch soziale Belange zu berücksichtigen sind. Gleichzeitig wird aber auch beobachtet, dass aktuell sowohl in die Infrastruktur selbst (z.B. Bahnsanierungen) als auch in die soziale Dimension (v.a. Deutschlandticket) investiert wird. Hier wird eine Verstärkung dieser Maßnahmen gefordert, die mittelfristig dann auch zu einer stärkeren ökologischen Ausrichtung des Verkehrs beitragen können.

Verkehr: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ○ ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Der Staat muss sich darum kümmern, da es direkte Auswirkungen auf die Bevölkerung hat und dient im Endeffekt dazu, langfristig dieses System, diesen Staat am Laufen zu halten, also ganz flapsig gesprochen."

„Beim ÖPNV wäre es mal irgendwie sinnvoll, wenn man den ÖPNV mal selbst irgendwie wirtschaften lassen würde, indem er selbst mal schauen könnte, wie etwas wirtschaftlich funktioniert. Es gibt ja tausend Möglichkeiten, was man machen könnte. Aber so ist der öffentliche Nahverkehr doch sehr eingeschränkt. Er kann im Grunde gar nichts selbst entscheiden, sondern er hängt ziemlich von der Politik ab."

„Naja, es müssen Regeln geschaffen werden. Das heißt also ganz einfache Vorfahrtsregeln oder weiß ich was."

„Straßen, die sollte die private Wirtschaft machen. Aber die Ausschreibung darf der Staat machen."

„Der Staat soll prüfen, dass die Infrastruktur, also dass unsere Straßen, unsere Brücken im Land, unsere Autobahnen intakt sind, damit auch Firmen arbeiten können und überall das hinkommt, was die Leute auch an den jeweiligen Orten brauchen oder kaufen möchten."

„Weil ich kann mir vorstellen, wenn alles wirklich privatisiert wird, dass Unternehmen das vielleicht ausnutzen. Die können dann die Kosten erhöhen."

Positiv

„Durch den Staat gibt es auch oft Unterstützung bei den Kosten zum Beispiel. Also es gibt ja zum Beispiel Oldie-Tickets und so was, wo der Staat mitwirkt "

„Also ich meine, alleine hier in Berlin, dieser öffentliche Verkehr läuft ja wirklich gut. Natürlich gibt es Verspätungen. Aber wir haben hier eigentlich wirklich die Chance, überall hinzukommen mit der BVG."

„Verkehr und Straßenbau finde ich eigentlich okay. Es wird überall gebaut, es wird etwas gemacht."

„Das Deutschlandticket ist echt mal eine gute Idee!"

Negativ

„Wenn ich mir die Rolle von unserem Staat und unserer Bahn vorstelle, dann läuft einiges schief. Wir haben ja schon jahrelang die Misere, dass unsere Schienen immer maroder werden. Dass kleine Verkehrsfirmen pleite machen, weil nicht genügend Fahrgäste da sind. Oder aber, dass immer noch zu wenig Transport auf der Schiene erfolgt. Sondern immer noch auf der Straße."

„Also mit speziell dieser Mautgeschichte, da hat sich natürlich die Politik ziemlich lächerlich gemacht."

„Wenn du die ganzen Nachrichten hörst zur Bahn und zu einstürzenden Brücken, hast Du eher nicht das Gefühl, dass der Staat da seinen Verpflichtungen nachkommt."

„Ich habe in meinem Studium gelernt, es gibt Raumordnungspläne, die aufgestellt wurden, um gewisse Strukturen infrastrukturell gut auszustatten. Doch diese Konzepte werden nicht beachtet, zurzeit zumindest. Man baut jetzt nur, um es politisch zu vermarkten. Jetzt haben wir wieder die Schere zwischen Staat und Politik, der neutral sein sollte." (H)

Medien tragen zur Meinungs- und Pressefreiheit bei, die durch den Staat zu schützen und nicht zu lenken oder zu beeinflussen sind.

Medien

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Der Bereich Medien wird stark mit Meinungs- und Pressefreiheit assoziiert, die als unerlässliche Voraussetzungen für einen demokratischen Staat angesehen werden und maßgeblich zur freien Entfaltung der Persönlichkeit beitragen *(Details dazu im Kapitel „Alltag")*. Geprägt wird der Diskurs insbesondere von den Veränderungen, die sich durch das Aufkommen von Social Media ergeben haben, u.a. Pluralisierung der Medienlandschaft und Fake News, sowie manche staatlichen Reaktionen auf diese Veränderungen. Ein weiterer Diskursstrang dreht sich um den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem vereinzelt – angesichts des Aufkommens alternativer (sozialer) Medien – eine gewisse Parteilichkeit bei manchen Themen vorgeworfen wird – hier wirken z.T. Erfahrungen aus der Corona-Pandemie nach.
- **Rolle Staat**
  Dem Staat wird die Rolle des Verteidigers von Meinungs- und Pressefreiheit zugeschrieben. Er soll sich neutral verhalten, keine Zensur oder Beeinflussung ausüben und eine pluralistische Meinungsvielfalt zulassen, so dass sowohl Medienunternehmen als auch Bürgerinnen und Bürger (z.B. per eigenen Social-Media-Accounts) ihre freie Meinung äußern können. Dennoch wird keine grenzenlose Meinungs- und Pressefreiheit erwartet. Ein Eingreifen des Staates wird überwiegend dann als akzeptabel empfunden, wenn wichtige andere Rechtsgüter gefährdet sind, z.B. im Kontext des Schutzes vor jugend- oder demokratiegefährdenden Inhalten. Hierbei gilt es sicherzustellen, dass der Staat die richtige Balance aus Erlauben und Eingreifen findet.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Insgesamt sieht man die Pressefreiheit durch den Staat als Ganzes gewährleistet – es stehen teilweise eher öffentlich-rechtliche Medienanstalten in der Kritik, denen vorgeworfen wird, nicht das komplette Meinungsspektrum abzubilden und einseitig zu berichten.
  In der Kritik stehen z.T. auch einzelne Politiker:innen, die auf in Social-Media-Beiträgen geäußerter Kritik an Ihrer Person abweisend und mit Mitteln der Justiz reagieren. Dies wird bisweilen als überheblich und als Eingriff in die Meinungsfreiheit bewertet.
  Gewünscht wird die Beibehaltung der schützenden und ermöglichenden Rolle des Staates bezüglich Meinungs- und Pressefreiheit, von der nicht nur klassische Medien, sondern auch Social-Media-Angebote profitieren sollten. Bei Social-Media-Angeboten wünschen sich allerdings manche Befragten ein stärkeres staatliches Vorgehen gegen Fake News.

Medien: Zitate von Befragten

Gar nicht ●●●●○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Ich finde, der Staat sollte sich da raushalten, damit halt auch mehr Berichterstattungen zugelassen werden. Weil ich finde, es wird manchmal sehr einseitig berichtet. Wenn ich jetzt zum Beispiel auf diesen Nahost-Konflikt zurückblicke, finde ich, dass da schon wirklich sehr einseitig berichtet wurde."

„Pressefreiheit ist ein ganz wichtiges Gut, was der Staat schützen muss und wo dem Staat auch immer mal wieder sozusagen auf die Finger geschlagen werden sollte, wo man auch Druck aufbauen muss, wo man sagen muss: bis hierhin und nicht weiter."

„Der Staat sollte Meinungsfreiheit und Pressefreiheit immer hochhalten und sich da eher schützend sogar vor die Bevölkerung stellen."

„Ich denke schon, dass das ganz wichtig ist, dass wir einen freien Journalismus haben. Dass Menschen ihre Meinung kundtun können und sagen können, so und so, aus der und der Sicht habe ich das jetzt gesehen und das ist meine Meinung."

Positiv

„Es gibt Punkte, wo der Staat das ganz gut macht, zum Beispiel dass jetzt keine pornografischen Bilder oder so was gezeigt werden, was man zum Beispiel auf Instagram manchmal sieht. Oder allgemein in Social Media gibt es manchmal Videos, die nicht mehr gezeigt werden dürfen, die auf manche dann verstörend oder beängstigend wirken. Das finde ich gut. Und auch, dass halt nicht jeder eine Plattform in den Nachrichten bekommt, zum Beispiel die Leute, die offen rechtsextrem sind, dass denen keine Plattform geboten wird, das finde ich schon ganz gut, und dass auch solche Leute zensiert werden, finde ich gut."

Negativ

„Ich finde, es wird immer sehr schnell viel zensiert seitens des Staates. Und ich finde auch, dass, wenn man zum Beispiel eine Meinung hat, die jetzt so gegen den Mainstream geht, dass man dann halt auch ganz oft irgendwie als Verschwörungstheoretiker, rechtsradikal oder antisemitistisch bezeichnet wird."

„Der Staat soll sich schützend vor die Presse stellen und nicht genau das Gegenteil machen, wie jetzt in unserem Staat, wo eine Frau Faeser mit einem Federstreich über ein Vereinsgesetz gegangen ist und ein Presseerzeugnis verboten hat. Egal, wie man jetzt zu dem Inhalt dieses Presseerzeugnisses steht, hat sie ein Gesetz ausgenutzt, was eigentlich gegenüber Klubs Anwendung finden sollte und hat damit ein Presseerzeugnis verboten, was kurz darauf vom Gericht gleich wieder kassiert wurde." (H)

Die allgemeine Lebensführung wird als identitätsstiftende Persönlichkeitsentfaltung verstanden, in die der Staat nicht eingreifen sollte.

Alltag / allgemeine Lebensführung

- **Verständnis & aktueller Diskurs:**
  Die alltägliche Lebensführung gilt als Ausdruck der eigenen Identität und Persönlichkeitsentfaltung, die sich in Facetten wie Lebensstil, politische Überzeugungen, Konsumverhalten, Sprache und kulturellen Praktiken manifestiert. Es gilt die Auffassung, dass in einer demokratischen Gesellschaft – insbesondere vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte (NS-Zeit und DDR) – in diesem Bereich ein großes Maß an Freiheit herrschen sollte, solange die eigene Freiheit nicht diejenige von anderen Menschen beeinträchtigt. Dieses Recht auf persönliche Gestaltung des eigenen Lebens gilt auch als besondere Stärke der gegenwärtigen Gesellschaft, die sich in einem Pluralismus an Lebensstilen widerspiegelt.
  Zum Teil wirken aber noch die während der Corona-Pandemie erlebten Einschnitte nach. Zudem wird teils beobachtet, dass es z.T. kulturelle Konflikte um die „richtige" Form der Lebensführung gibt, insbesondere festgemacht am Thema gendergerechte Sprache oder auch Migration / Integration.
- **Rolle Staat**
  Dem Staat wird vor allem die Rolle des Verteidigers eines grundgesetzlich verankerten Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zugesprochen. Ansonsten wird eine weitgehende Nicht-Einmischung des Staates gefordert, da die Gestaltung der Lebensführung als eigenverantwortliche Aufgabe gesehen wird. Allenfalls komme dem Staat eine eher informierende oder beratende Rolle zu, wenn Bereiche berührt werden, die nicht den Kern der Persönlichkeit betreffen, aber die Entfaltung der Persönlichkeit tendenziell begünstigen, z.B. Beratung zu Bildung, Gesundheit oder Arbeit.
- **Erfüllungsgrad & Optimierungspotenzial**
  Insgesamt wird geschätzt, dass der Staat der Gestaltung der eigenen Lebensführung und somit der eigenen Identitätsbildung genügend Freiräume einräume. Vereinzelt wird jedoch kritisiert, dass der Staat versuche, die Identitätsbildung zu beeinflussen – insbesondere durch die Verwendung gendergerechter Sprache in offizieller Kommunikation oder frühkindliche Sexualerziehung, was als übergriffig erlebt wird. Insbesondere diejenigen Befragten, die Corona-Maßnahmen als übergriffig empfunden haben, wünschen sich eine Aufarbeitung der damals getroffenen Maßnahmen.
  Teilweise wird aber auch ein stärkeres Eingreifen des Staates in den Alltag gefordert angesichts des Gefühls der erodierenden Sicherheitslage – hier geht es insbesondere um Kontrolle / Überwachung von öffentlichen Räumen: Wenn es um die persönliche Sicherheit geht, ist Datenschutz für einige Befragte weniger wichtig. In Bereichen wie Bildung oder Arbeit, die zur Identitätsbildung beitragen, aber nicht Ausdruck des Identitätskerns selbst sind, werden z.T. Verbesserungen angemahnt – Details dazu in den obigen Kapiteln.

Alltag / allgemeine Lebensführung: Zitate von Befragten

Gar nicht ● ● ● ● ○ *Ganz und gar*

Grad der Erfüllung staatlicher Verantwortung

Rolle des Staates

„Das ist für mich Privatsphäre. Was ich glaube, was ich denke, wen ich wähle, in welcher Konstellation ich lebe, was meine sexuelle Gesinnung ist, was auch immer. So. Das geht den nix an. Das ist einfach so."

„Also, das ist eigentlich ein Thema der bürgerlichen Gesellschaft, die diese Themen bearbeiten sollte. Wir wollen ja eine freiheitliche demokratische Grundordnung und das bedeutet auch, dass man keine Denk- oder Sprachverbote initiieren sollte."

„Kontrolliert werden kann keiner wollen. Das läuft unter Diktatur."

„Der Staat kann mir nicht sagen, wann ich ins Bett gehe, wann ich aufstehe, wann ich mit dem Hund Gassi gehe."

„Wo ich nichts dagegen habe, wären zum Beispiel Kameras, Überwachungskameras in Bahnhöfen oder auf großen Plätzen. Das dient ja der Sicherheit."

„So im Bereich Job, Schule und Karriere kann der Staat da gerne vertreten sein, aber wenn es jetzt so um individuelle Sachen geht, wie zum Beispiel, welchen Sport man macht oder so was, da hat der Staat nichts zu suchen." (J)

„Es darf jeder nach seiner Fasson leben. Gar kein Problem. Aber: Die Sachlage beginnt dann, problematisch zu werden, wenn der kantsche Imperativ nicht mehr Anwendung findet und ich Gewalt gegen andere androhe oder Gewalt ausführe." (H)

Positiv

„Zum Thema Berufswahl oder schulischer Werdegang. Ich finde, das sind so Themen, da kann man beraten werden vom Staat. Aber allgemein finde ich, da sollte der Staat sich eher zurückhalten!" (J)

„So was wie Genderneutralität und so diese Sachen wie Rassismus. Oft war jetzt auch die Polizei in unserer Schule zur Aufklärung. Weil, bei uns gab es einen Vorfall, dass so Siebtklässler, die sind 13 oder so, geraucht haben. Und da hat die Schule, oder der Staat besser gesagt, wirklich direkt reagiert mit Workshops zum Thema Rauchen. Warum sollte man das nicht tun? Was wird das so für Folgen haben in deinem Leben? Und das fand ich auch wirklich sehr gut." (J)

Negativ

„Ich finde das so putzig, wenn man so über gewisse Themen, so über das Genderthema zum Beispiel, wenn das so hochkocht. Wo ich denke, das ist doch egal. Da soll jeder machen, was er will. Und da hat dann der Staat zum Beispiel auch nichts verloren."

„In Kultur oder in den Museen sind ja zum Beispiel solche Kulturdebatten, wie dass man jetzt Kunstwerke umbenennt. Also, Kunstwerke, die ja einen bestimmten Namen tragen, benennt man nicht um. Das macht man eigentlich zu keinen Zeiten. Das letzte Mal, dass sowas gemacht wurde, war bei den Nazis." (M/A)

„Diese Gendersprache in amtlichen Briefen, die finde ich ganz furchtbar!" (M/A)

„Eigentlich war ich immer der Meinung, jeder kann leben, wie er möchte. Aber so wie das gerade läuft, bin ich der Meinung, dass die vielleicht doch mehr ein Auge draufhalten sollen. Vielleicht auch die Mütter ansprechen: Hör mal, dein Kind hatte wenig Frühstück oder hatte gar nichts Frisches oder Gesundes. Oder das Kind, wie ist das mit dem Körper, Hygiene?"

„Also ich habe jetzt zum Beispiel mitbekommen, dass es so jetzt zum Beispiel Kitas gibt mit so Erkundungsräumen, also da bin ich überhaupt kein Fan von."

Insgesamt wird die Frage nach starkem oder schlankem Staat abhängig vom betrachteten Lebensbereich beantwortet. Eine gewisse Tendenz geht Richtung starker Staat, allerdings im Sinne von tatkräftig, konsequent und beschützend, jedoch nicht autoritär / diktatorisch.

- Starker bzw. schwacher Einfluss des Staates wird je nach Lebensbereich gefordert
  „Ich würde mich in der Mitte zwischen stark und schwach sehen. Wie gesagt, ich brauche zwar meine Freiheit, aber ich brauche trotzdem eine lenkende Hand, an der ich mich festhalten kann."
- Stärke wird als Durchsetzungsstärke oder Tatkraft verstanden – nicht als autoritäres Verhalten
  „Es kommt darauf an, wovon man redet. Wir wollen ja keinen autoritären Staat." „Bei wichtigen Themen wie Wohnungsbau und Klimawandel, da würde ich mir schon einen starken Staat wünschen. Aber es geht nicht, dass ich mir nur die Rosinen rauspicke, wenn ich einen starken Staat will und es kommt eine Regierung an die Macht, die ganz schlechte Wertevorstellungen hat, die meinen so gar nicht entsprechen, dann habe ich ein viel größeres Risiko." „Starker Staat erinnert mich natürlich stark an das Land, in dem ich gelebt habe, die DDR." (O)
- Schlankheit wird als Gewähren von Freiheiten und Möglichkeiten sowie das zielgerichtete Einbinden anderer kompetenter Akteure wie Unternehmen oder Vereine verstanden – nicht als Ignoranz oder Desinteresse
  „In meiner Jugend war ich ein bisschen mehr linkstendiert. Da war ich dann eher ‚mehr Staat'. Und mit der Zeit hat man aber mitbekommen, dass nicht unbedingt der Staat irgendwas besser kann, sondern dass halt die Wirtschaft in vielen Bereichen da etwas besser aufgestellt ist."
- Insgesamt scheint es aber einen zunehmenden Wunsch nach einem stärkeren (im Sinne von tatkräftiger handelnden) Staat zu geben, um die Vielzahl der Herausforderungen anzugehen, die aus Sicht der Befragten auch von der aktuellen Regierung nicht gründlich angegangen wurden.
  „Also die Regierung, die wir jetzt die ganze letzte Zeit hatten, war schon zu lasch." „Na ja, also, die letzten Jahre haben gezeigt, dass das Pendel eher wieder Richtung konservativ geht. Und das ist nicht nur ein deutsches Phänomen, das ist generell ein europaweites oder auch weltweites Phänomen." „Also grundsätzlich wünsche ich mir eher einen schwachen Staat. Wenn jetzt die äußeren Umstände anders wären, lieber ein schwacher Staat. Wenn ich an mein Umfeld so denke mit diesen sogenannten No-Go-Areas, da denke ich mir manchmal, okay, da wäre ein starker Staat wirklich besser." „Früher war ich ganz locker flockig. Da bin ich ganz ehrlich. Ich meine, da hatte man auch noch eine ganz andere Zukunftsperspektive, du konntest hinziehen, wohin du wolltest. Es gab auch preislich angemessene Wohnungen. Heute ist das nicht mehr so, da wünsche ich mir mehr Staat!"
- Hierbei wird aber auch die Gefahr gesehen, dass autoritäre Tendenzen verstärkt werden könnten, falls der Staat (weiterhin) mangelnde Tatkraft zeigt
  „Aber viele tendieren zum rechten Spektrum. Zu irgendwelchen schnellen, komischen, ich sage mal fast radikalen Lösungen. Wo ich mich echt wundere, weil das hätte ich nicht gedacht. Aber die Tendenz ist da schon." „Man hört ja so manchmal im Bekanntenkreis viele Leute, die finden, der Staat, der muss komplett durchgreifen, der muss konsequent Leute abschieben, der sollte gegen die Schwulen arbeiten und so."

Zitate von Befragten

„Ich möchte ganz gerne nach Möglichkeit mein Leben so formen, wie es mir gefällt. Unter den Richtlinien oder von mir aus auch unter den Auflagen des Staates. Der darf aber nicht zu sehr mein Leben einschränken."

„Der eine will es mehr so, der andere will es mehr so. Also ich kann ja nicht sagen, was ich möchte. Dann müsste ich eine Liste machen, wo ich nicht möchte, dass der Staat sich einmischt."

„Also ich bin eher der Mensch, der sagt, ich brauche keinen starken Staat. Ich hätte lieber den schwächeren Staat im Hintergrund. Bei dem ich weiß, an wen ich mich wenden kann, und ich weiß, ich werde ein Stück weit beschützt, kann mich sicher fühlen im öffentlichen Raum oder auch in der Welt."

„Das Motto ‚lasst den Leuten die Freiheiten' haben wir versucht, hat aber nicht funktioniert, sorry. Wenn sich manche nicht benehmen können, muss man härter durchgreifen. Das ist nun mal so. Wenn mein Sohn nicht hören will, beim dritten Mal nehme ich ihm das Spielzeug dann auch weg."

„Ich glaube, meine Eltern tendieren zum Beispiel eher für so einen starken Staat, meiner Oma ist es egal und bei den Schwiegereltern so wenig Staat wie geht. Also, es ist schon ganz unterschiedlich."

„Lieber ein bisschen zu viel Staat als zu wenig. Wenn der Staat zu oft abwesend ist, das kann einfach gefährlich werden."

IHR KONTAKT

Felix Degenhardt
Senior Research Specialist
+49 162 2525-930
f.degenhardt@g-i-m.com

Dr. Tomas Jerković
Senior Research Director
+49 162 2525-870
t.jerkovic@g-i-m.com

GIM | RELEVANCE COUNTS.

GIM | Gesellschaft für Innovative Marktforschung mbH
Goldschmidtstraße 4 - 6
69115 Heidelberg
www.g-i-m.com